

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Bernhard Walcher: Vormärz im Rheinland. Nation und Geschichte in Gottfried Kinkels literarischem Werk

Berlin/ New York: Verlag Walter de Gruyter 2010 (Untersuchungen zur deutschen Literaturgeschichte, Bd. 138), 341 S., ISBN 978-3-11-023128-1

„Weil wir denn versammelt sind/ Bei der Gläser Klingen,/ Laßt der heil'gen Freiheit uns/ Dieses erste bringen:/ Die wie Frühlingsluft und Lust/ Labt des Mannes starke Brust,/ Ihr vor allen Dingen! (...) Laßt die alten Weiber sich/ Um den Himmel schelten!/ Aber freie Männer wir/ Lassen das nicht gelten./ Gegen dich, o Vaterland/ Sind uns nichts als eitler Tand/ Alle Sternenwelten! (...) Weiß nicht, ob dich oder mich/ Dort der Teufel hole;/ Doch hier schaffen wir vereint/ Am gemeinen Wohle./ Hebt die Gläser frank und frei!/ Nur auf Erden Freiheit! Sei/ Unsre Siegesparole.“ Das im ersten Jahrgang seines Jahrbuchs „Vom Rhein“ publizierte Gedicht „Männerlied“¹ kostete den Bonner Kunst- und Literaturhistoriker Gottfried Kinkel wegen der darin formulierten Absage an eine „erst jenseitige Glücks- und Lebenserfüllung nach religiöser Vorgabe“ und der Hinwendung zu einem modernen, sowohl die „Freiheit von obrigkeitlicher Macht“ als auch die „Freiheit als Grundwert staatlicher Verfassung“ meinenden Freiheitsbegriff² Ende 1846 nicht nur endgültig die schon sicher geglaubte Berufung auf eine Professur nach Berlin. Die zuständigen preußischen Behörden unter Kultusminister Johann Albrecht Friedrich von Eichhorn sahen in diesen Zeilen eine Diffamierung der Religion und damit „auch einen Angriff auf die Allianz von Thron und Altar“. Durch die deutlich schärfere Tonart verwies es bereits auf den späteren radikalen Revolutionsdichter und Achtundvierziger. Zwar hatten Kinkels bis zur Mitte der 1840er Jahre veröffentlichte Gedichte schon sein „national-liberales politisches Profil und seinen sozialkritischen Blick auf Staat und Gesellschaft“ erkennen lassen, jedoch hatten diese Texte seine wachsenden religiösen Zweifel und seine immer kritischere Haltung gegenüber dem Christentum noch nicht widerspiegelt. Auch enthielten sie im Gegensatz zum „Männerlied“ noch kein Plädoyer für eine „Freiheit von religiösen Jenseitsvorstellungen“ und für die Verwirklichung der nationalen Einheit als politische Zielvorgabe, die „über alle konfessionellen und individuellen Unterschiede hinaus die Grundlage einer (freiheitlichen) Bürgergesellschaft“ bilden sollte, und gerade deshalb waren diese Poeme für ihn persönlich und für seine Stellung als Professor und Dichter noch relativ folgenlos geblieben (Walcher, Vormärz, zit. S. 54, 250-251 u. 254).

In der aus seiner 2009 an der Universität Heidelberg angenommenen und von der Friedrich-Naumann-Stiftung geförderten Dissertation hervorgegangenen Studie „Vormärz im Rheinland“ geht nun der Germanist Bernhard Walcher nicht nur, wie im Untertitel angedeutet, dem Verständnis von „Nation und

¹ Gottfried Kinkel: Männerlied, in: Vom Rhein. Leben, Kunst und Dichtung 1 (1847), S. 415-416, wieder abgedr. in: Ders.: Gedichte, 2. verm. Aufl., Stuttgart/ Tübingen 1850, S. 330-331.

² Diese Definition des Freiheitsbegriffs stammt von: Christof Dipper: Artikel: Freiheit, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Studienausgabe, Stuttgart 2004, S. 488-538, hier S. 489.

Geschichte in Gottfried Kinkels literarischem Werk" nach, sondern versucht weit darüber hinausgehend im Anschluss an die bisherige eher kunsthistorisch und ästhetisch-poetologisch ausgerichtete Kinkelforschung und gestützt auf die Erkenntnisse der neueren Vormärzforschung erstmals überhaupt eine moderne, umfassende literarhistorische Einordnung der Lyrik, Prosa und Publizistik dieses zu Lebzeiten überaus populären und heutzutage fast vergessenen Autors vorzunehmen. Ziel der Studie ist es, Kinkels literarisches Werk im Horizont seiner soziokulturellen und literarischen Rahmenbedingungen zu erschließen und es unter intensiver Betrachtung seines (literar-) historischen und funktionalen Kontextes zu verorten. Anhand des so durchleuchteten Textcorpus' soll zum einen Kinkels vielfältiges politisches Engagement erfasst und sein Wandel vom konstitutionellen Liberalen zum demokratischen Republikaner nachgezeichnet und zum anderen sein ausgeprägtes literarisches Formenbewusstsein und seine gestalterische Kraft im Umgang mit älteren Formensprachen und deren Weiterentwicklung aufgezeigt werden, das den von der früheren Forschung gemachten Epigonalitätsvorwurf entkräftet und Kinkels literarische Bedeutung hervortreten lässt.

Zu diesem Zweck erstellt Walcher im ersten Teil der Abhandlung ein intellektuelles Profil von Gottfried Kinkel (1815-1882) als Dichter, Publizist, Parlamentarier und Hochschullehrer, das er - ohne den Anspruch zu erheben, eine bis heute fehlende, grundlegende wissenschaftliche Biographie zu ersetzen - als eine (werk-) biographische Annäherung konzipiert. Überblicksartig wird darin das soziale und regionale Umfeld des jungen Kinkel und der akademische Werdegang vom evangelischen Theologen zum Kunst-, Kultur- und Literaturhistoriker in der preußischen Rheinprovinz dargelegt, ferner Kinkels politisches Engagement im Vormärz und während der Revolution von 1848/49 bis zu seinem Einsatz in der Reichsverfassungskampagne, seiner Mitarbeit bei der provisorischen Regierung in der Rheinpfalz und seiner Teilnahme am badischen Aufstand sowie der Gefangennahme und Haftzeit in Rastatt und Naugard 1849/50 ausführlich beschrieben, dazu die Wanderjahre im Exil und der Lebensabend in der Schweiz skizziert und nicht zuletzt das bis zur 1848er Revolution anhaltende regelmäßige literarische Schaffen eingehend gewürdigt.

In den zwei weiteren Hauptteilen folgen exemplarische Werkanalysen, in denen Walcher bestimmte Gedichte, Erzählungen, Reden und Vorträge des Vormärzschriftstellers unter besonderer Berücksichtigung ihrer „durch biographische und historische Konfigurationen vorgegebenen Entstehungsgeschichte" untersucht. Aus dem umfangreichen Gesamtwerk Kinkels wurden für die Analysen vor allem solche Texte ausgewählt, die einerseits für die Entwicklung seines Werkes maßgeblich gewesen sind und die sich andererseits „einordnen lassen in die Geschichte von Profilbildungen einzelner Gattungen und Institutionen (...) sowie in epochenrelevante politische Tendenzen und Entwicklungen". Dazu gehören im Falle der Kinkelschen Prosatexte die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überaus beliebten und erfolgreichen Gattungen der Reiseliteratur, Dorfgeschichte und des historischen Romans. So werden unter anderem Kinkels 1846 im Bonner Habichtsverlag erschienener Reiseführer „Die Ahr. Landschaft, Geschichte und Volksleben. Zugleich ein Führer für Ahrreisende", die 1845 entstandene historisch-romantische Erzählung „Ein Traum im Spessart" und die soziale Erzählung „Die Heimatlosen. Geschichte aus einer armen Hütte" analysiert, die in der Zeit von Kinkels Haft im Zuchthaus in Rastatt im Sommer 1849 verfasst worden ist und die der Autor selbst „als sein Testament an die Demokratie angesehen" hat (Walcher, ebd., S. 13 u. 131, Anm. 159).

Natürlich bleibt auch die ganze Breite an lyrischen Arbeiten von Kinkel bei den Werkanalysen nicht außen vor. Im Gegenteil, gerade in der Untersuchung und Deutung zentraler Gedichte aus den verschiedenen Gedichtausgaben und -sammlungen von 1843, 1850 und 1868 und ihren jeweiligen Auf-

lagen werden Kinkels Stellungnahmen zu den politischen, sozialen und religiösen Zuständen seiner Zeit deutlich. In ihnen transportiert er gemäß seiner im Laufe der Jahre gewandelten politischen Überzeugungen eindeutige Botschaften, die von der preußischen Obrigkeit wie auch der liberalen und demokratischen Öffentlichkeit im Rheinland und darüber hinaus im gesamten Deutschen Bund sehr genau rezipiert und verstanden wurden und für ihn wie im Falle des oben erwähnten „Männerliedes“ dann auch die entsprechenden Konsequenzen hatten. Orientiert an neueren Bewertungen der Lyrik des 19. Jahrhunderts, die die historische Bedingtheit und formalen Anspielungshorizonte berücksichtigt und die Gattung als „literarisches Kommunikationsmedium“³ begreift, zeigt sich erst in der Analyse von frühen nationalen und sozialen Gedichten wie dem „Eingang“ in der Sammlung von 1843, wie den „Auswanderer(n) des Ahrtals“ – zuerst 1842 in der „Rheinischen Zeitung“ veröffentlicht – oder eben dem zitierten „Männerlied“, oder auch an dem erst in der zweiten Auflage seiner Gedichtsammlung 1850 erschienenen und als Rückblick auf die revolutionären Ereignisse gedachten „Ein März am Rhein“ wie modern und substanzreich Kinkel in der Wahl seiner Gedichtformen und –themen eigentlich gewesen ist: Das gilt für seine Vorliebe für die poetische Formenvielfalt in der Komposition der Gedichte ebenso wie für seine in der Lyrik transportierten programmatisch-politischen Anliegen, etwa die Vorstellung, durch patriotische Lieder eine nationale Identität stiften und die deutschen Einheitsbestrebungen befördern zu können. Dieser Autor hatte ein großes Gespür für die politischen und sozialen Probleme seiner Zeit und brachte sie in einer mannigfaltigen Formensprache zum Ausdruck – so lautet eines der zentralen Ergebnisse des überaus lesenswerten Buches von Bernhard Walcher.

Es besticht durch das fundierte Fachwissen ihres Verfassers und durch seine weitreichende Kenntnis der einschlägigen Forschung: Allein das Quellen- und Literaturverzeichnis – ohne die Auflistung aller Werke Kinkels, der zu Lebzeiten publizierten Schriften und der nach seinem Tode erschienenen Brief- und Textausgaben – umfasst bereits 36 eng bedruckte Seiten, in denen die „Klassiker“ der literaturwissenschaftlichen Vormärz- und Revolutionsforschung genauso aufgeführt sind wie jüngere zentrale Werke aus dem Umfeld des Forums Vormärz Forschung⁴. Aus Sicht des Historikers fehlt zwar der ein oder andere neuere Titel, der im Umfeld der 150. Wiederkehr der Revolution und im Jahrzehnt danach erschienen ist, aber diese Beschränkung in der Literaturlauswahl ist natürlich mit der fachlichen Ausrichtung der Arbeit zu erklären. Bedauerlicher sind da schon einige Druck-, vor allem aber einzelne Sachfehler, die sich in den Text eingeschlichen haben. Auf zwei jener vermeidbaren Sachfehler sei abschließend noch hingewiesen: So handelt es sich bei der bedeutenden vormärzlichen Politiker- und Parlamentarierpersönlichkeit im Großherzogtum Baden, „jener Vaterfigur des badischen Liberalismus“, nicht um „Abraham von Itzstein“ sondern selbstverständlich um Johann Adam von Itzstein (1775–1855) (ebd., S. 147 u. erneut 299), und Kinkels Befreier aus dem Zuchthaus in Spandau in der Nacht zum 7. November 1850, sein früherer akademischer Schüler Carl Schurz, brachte es nach seiner Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur „bis zum Senator von Missouri“ (ebd., S. 1). Von Präsident Rutherford B. Hayes wurde er sogar zum Secretary for the Interior, sprich zum Innenminister der USA ernannt und übte dieses Amt von 1877 bis 1881 aus.

Trotzdem kann das Buch von Bernhard Walcher über Gottfried Kinkels politisches Wirken und literarisches Werk jedem Vormärz- und Revolutionsforscher – sei er nun Historiker, Germanist oder auch Kulturwissenschaftler – nur nachdrücklich anempfohlen werden, denn dem Leser werden – „endlich wieder“ möchte man als Rezensent ausrufen – die vielfältigen Ambitionen und Betätigungsfelder Gott-

³ Vgl. hierzu: Steffen Martus/ Stefan Schneider/ Claudia Stockinger: Einleitung, in: Lyrik im 19. Jahrhundert. Gattungspoetik als Reflexionsmedium der Kultur hrsg. von dens., Bern u.a. 2005, S. 9-30, hier S. 15.

⁴ Zu dem Forum und seinen Publikationen seit Mitte der 1990er Jahre vgl.: www.vormaerz.de

fried Kinkels genauso wie die vormärzliche Topographie des Rheinlandes und die (literatur-) historische Epoche des Vormärz nahe gebracht. Gewürdigt wird damit ein Schriftsteller, Politiker und Wis-

senschaftler, dessen Leben, Wirken und Œuvre vollkommen zu Recht der frühen modernen „littérature engagée“ zugeordnet werden kann, der heute zwar nicht mehr unbedingt zum literaturwissenschaftlichen Kanon gehört, dessen Tun gleichwohl „eine ausgesprochen breite und um so lebhaftere zeitgenössische Wahrnehmung und Rezeption“ erfuhr (ebd., S. 2-3), dessen Werke bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts hinein ganz selbstverständlich zum Lektürekanon des deutschen Bildungsbürgertums gehörten und an dessen erste große Rede zur politischen und verfassungsmäßigen Einheit Deutschlands vor dem Bonner Rathaus vom 20. März 1848 sogar Theodor Heuss an selber Stelle nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 12. September 1949 erinnerte⁵.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau

⁵ Vgl. Theodor Heuss. Rede vom 12. September 1949, Bonn, in: Ders.: Die großen Reden. München 1967, S. 105-118, zu Kinkels Bonner Rede S. 110-111.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Robert Leroux: Political Economy and Liberalism in France. The contributions of Frédéric Bastiat

Abingdon/New York 2011 (= Routledge Studies in the History of Economics), 182 S., ISBN 978-0415580557

Frédéric Bastiat (1801-1850) zählte zu Lebzeiten zu den größten und einflussreichsten liberalen Ökonomen überhaupt, um dann in den nächsten Jahrzehnten fast völlig in Vergessenheit zu geraten. Erst in den letzten Jahren hat das Interesse an ihm wieder merklich zugenommen. Dabei stand oft die Begeisterung für die stilistischen Aspekte des Werkes im Mittelpunkt. Bastiats Werk, das schon zu Lebzeiten des Autors in zahlreiche Sprachen und in Massenauflagen verbreitet wurde, war stets auch auf Grund seiner didaktischen Qualitäten populär. Er war der „Hausökonom“ der manchesterliberalen Freihandelsbewegung. Berühmt wurde seine kleine Satire über die „Petition der Kerzenmacher“ (1846), in der er eine Gruppe Kerzenlobbyisten auftreten lässt, die an die Regierung appelliert, ein Gesetz zur zwangsweisen Verdunklung aller Fenster zu verabschieden, um so ihren Wirtschaftszweig gegen den unfairen Wettbewerb der Sonne zu schützen. Nie wurde der Protektionismus effektiver lächerlich gemacht. Josef Schumpeter bezeichnete den Franzosen später als einen der größten Wirtschaftspublizisten aller Zeiten.

Diese journalistische Reputation hat viele Kritiker dazu verführt, Bastiats Schriften als flach und oberflächlich abzutun. Verstärkt wurde dies durch einen unterschweligen Ideologieverdacht, da Bastiat nicht nur zu den Ökonomen der Zeit gehörte, die sich das Prinzip des Laissez-Faire und des vollkommenen Freihandels in radikaler Weise auf die Fahnen geschrieben hatten, sondern weil er dies auch noch mit der Idee einer „natürlichen Harmonie“ in Verbindung brachte. Alexander Rüstows These, dass bestimmte Formen des Marktliberalismus im Grunde keine Wissenschaft, sondern Religion seien, war primär auf Bastiat gemünzt.

Diese Vorurteile ein wenig zu Recht zu rücken, war wohl einer der Gründe, weshalb sich Robert Leroux in seinem Buch „Political Economy and Liberalism in France“ primär mit den philosophischen Ideen befasst, die Bastiats Werk zu Grunde liegen. Leroux – von Haus aus übrigens kein Ökonom, sondern Soziologe an der Universität Ottawa – unterscheidet sich hier von früheren Biographen, die sich entweder mit der Ökonomie oder mit Bastiats aufregendem Leben inmitten der Verwerfungen der 1848er Revolution befassten. Zu ihnen gehört etwa Louis Baudin, der sich im Jahre 1962 Bastiats annahm, .

Leroux versucht hingegen zunächst die methodologischen Grundlagen des Bastiatschen Werkes zu erschließen. Diese verstanden sich, so folgert er recht überzeugend, als Wissenschaft mit auffallend wenig religiös-metaphysischer Verbrämung. Ohne auf teleologische Denkmuster zurückzugreifen, pflegte Bastiat einen methodologischen Individualismus, der nicht vorgab, sozialwissenschaftliche Faktoren strikt kausal zu erklären. Vielmehr ermöglichte für ihn eine wissenschaftliche Ökonomie lediglich allgemeine Mustervorhersagen. Dieses Prinzip wandte er – die moderne Public Choice-Theorie

vorwegnehmend – unter anderem auf kollektive Wahlakte (politische Wahlen, z.B.) an, um die Verzerrungen im Verhältnis Staat/Wirtschaft zu erklären.

Man muss es schon fast bedauern, dass Leroux fortan schon fast zu sehr die ökonomischen Theorien Bastiats in den Hintergrund stellt.

Die Widerlegung des ricardianischen „ehernen Lohngesetzes“, das „beweist“, dass in einer Marktwirtschaft die Masse der Menschen nicht zu Wohlstand kommen kann, ist wohl die ausgereifteste Pionierleistung Bastiats in der Ökonomie – bei der Leroux sich aber nur über den kaum haltbaren Plagiatvorwurf des amerikanischen Ökonomen Henry C. Carey auslässt.

Bastiat wählt bei seiner Argumentation das Verhältnis des Anteils der Arbeit und des Kapitals an der Gesamtproduktion als Ausgangspunkt. Wenn das Kapital sich vermehre, sanken die Zinsen, fährt er fort. Wachse die Gesamtproduktion, so würde deshalb der Anteil des Kapitals absolut, aber nicht relativ steigen. Der Anteil der Arbeit steige daher relativ stärker. Wohlstandssteigerungen seien daher auch für die Arbeiter eine reale Möglichkeit.

Leroux's Interesse liegt neben der Offenlegung von Bastiats oft übersehenen intellektuellen Wurzeln (etwa Adam Smith, dessen Arbeitswerttheorie er allerdings sehr kritisch gegenüber stand, und die er durch eine überraschend moderne subjektive Wertlehre ersetzte) indes hauptsächlich an der moralphilosophischen Unterfütterung der ökonomischen Theorien. Es ist hier, wo man den Ursprung zahlreichen (und nicht immer berechtigten) Spotts über den Harmonieglauben Bastiats vermuten muss. Aber Bastiat verfocht in seinen Werken, wie Leroux schlüssig nachweist, keine Theodizee, der gemäß es kein Böses und nur Fortschritt auf der Welt gebe. Vielmehr insistiert er auf den Zusammenhang zwischen den richtigen moralischen Regeln und der ökonomischen Vernunft. Die Basis von beiden war für Bastiat dieselbe, nämlich die freie Entscheidung zum wechselseitigen Vorteil. Die „Harmonie“ dahinter hat Bastiat nie überinterpretiert, betrachtete er doch den Wettbewerb als notwendige Bedingung, durch Versuche mit der Unvollkommenheit menschlichen Strebens zu Recht zu kommen und Fortschritt zu ermöglichen.

So arbeitet Leroux letztlich aus dem bekannten Pamphletisten des liberalen Manchestertums einen ernsthaften Denker heraus, der durchaus zahlreiche Impulse auf das moderne ökonomische Denken ausübte. Trotz einiger kleine Mängel, insbesondere, was die Präzisierung von Bastiats ökonomischen Ideen angeht, kommt Leroux das Verdienst zu, dass er die Richtung gewiesen hat, in der sich die Bastiat-Forschung in Zukunft zu bewegen hat.

Berlin/Potsdam

Detmar Doering

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Bernd G. Ulbrich: Hermann Cohn (1869 – 1933). Anhaltischer Landespolitiker und deutscher Jude

Dessau-Roßlau 2010 (Schriftenreihe der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Dessau e.V., Nr. 27), 104 S., 4 Abb.¹

Dieter G. Maier: Ignaz Jastrow. Sozialliberale Positionen in Wissenschaft und Politik

Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 2010 (Jüdische Miniaturen, Bd. 103), 80 S., 12 Abb., ISBN 978-3-942271-06-6

Zwei sehr unterschiedliche kleine Schriften sind hier anzuzeigen, die doch eines verbindet: Die ehrenvolle Absicht, ihren jeweiligen Protagonisten dem historischen Vergessen zu entreissen, ihm historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und damit einen Beitrag zur deutschen Geschichte vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus zu leisten. Auch wenn beide Publikationen – dies sei vorausgeschickt – nicht den Ehrgeiz haben, den jeweiligen Helden umfassend darzustellen oder auch dessen Bedeutung für Politik und Gesellschaft in aller Tiefenschärfe auszuleuchten, auch wenn beide Autoren wohl kaum von der Absicht geleitet wurden, einen Beitrag zur Geschichte des geistigen und/oder des politischen Liberalismus in Deutschland zu leisten: Gerade die Liberalismusforschung ist ihnen ganz besonders zu Dank verpflichtet, weil hier einer nicht nur regionalgeschichtlich bedeutsamen liberalen Politikergestalt gedacht wird, zum anderen, weil ein bedeutender liberaler Intellektueller, dessen Namen nur wenigen Kennern der deutschen Politik- und Wissenschaftsgeschichte noch geläufig sein dürfte, auf die öffentliche Bühne zurückexpediert wird.

Der als Lehrbeauftragter am Seminar für Judaistik/Jüdische Studien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätige, in den zurückliegenden Jahren vor allem als anhaltischer Regionalhistoriker und als Kenner der Geschichte des deutschen Judentums ausgewiesene Bernd G. Ulbrich hat eine kleine Studie zu dem Dessauer Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker Hermann Cohn vorgelegt, der zudem anhaltischer Landespolitiker und vielgestaltiger Funktionsträger jüdischer Organisationen gewesen ist. Der promovierte Jurist Cohn, der seine gesamte berufliche und politische Karriere hindurch in seiner Geburtsstadt Dessau tätig war, ist zweifellos – neben dem Unternehmer und Reichstagsabgeordneten Richard Roesicke sowie dem späteren, langjährigen Dessauer Oberbürgermeister Fritz Hesse – eine der prägenden Gestalten des anhaltischen Linksliberalismus zwischen 1890 und dem Ende der Weimarer Republik.

Cohns Vorfahren waren seit dem frühen 19. Jahrhundert im Anhaltischen ansässig. Sie lebten in der

¹ Zu beziehen über das Moses Mendelssohn Zentrum, Mittelring 38, D-06849 Dessau-Roßlau, mendelssohn@datel-dessau.de

ihnen als Angehörigen der jüdischen Minderheit relativ aufgeschlossen gegenüberstehenden askanischen Residenzstadt Dessau, die nicht nur den herausragenden jüdischen Aufklärer der Neuzeit, Moses Mendelssohn, hervorgebracht hatte, sondern auch Wirkungsstätte einer der bedeutendsten aufklärerischen jüdischen Bildungseinrichtungen in Deutschland, der Franz-Schule, war. Knapp 30jährig ließ sich Cohn 1898 als Anwalt am Landgericht in Dessau nieder, wo er sich rasch als sehr streitbarer, eloquenter und schlagfertiger Strafverteidiger einen Namen machte, nicht zuletzt durch seine Rechtsvertretung für politisch unliebsame Sozialdemokraten. Seit 1902 war Cohn nicht nur Vorsitzender des lokalpolitisch einflußreichen Hausbesitzervereins, sondern zugleich auch linksliberaler Stadtverordneter und Mitglied des anhaltischen Landtages. Auch hier erwies sich Cohn im Wesentlichen nicht als politischer Programmatiker, sondern als Pragmatiker. Aus strategischen Erwägungen ging Cohn für den minoritären, in der Stadt Dessau jedoch solide repräsentierten Linksliberalismus politische Bündnisse auch mit der zu Anfang des Jahrhunderts als potentieller Partner des liberalen Bürgertums noch weitgehend ignorierten Sozialdemokratie ein, obwohl er aus seinen sachlichen Vorbehalten gegen letztere kein Hehl machte. In diesen Jahren zog sich Cohn vor allem die Abneigung der damals die parlamentarische Mehrheit im Landtag stellenden anhaltischen Nationalliberalen und Konservativen zu, die er – vor allem wegen deren Bemühungen zur Entdemokratisierung der relativ liberalen anhaltischen Wahl- und Kommunalgesetzgebung – harsch zu attackieren nicht müde wurde.

Seit 1912 Stadtverordnetenvorsteher, blieb Cohn während des Weltkrieges und nahezu bis zum Lebensende eine der tragenden Säulen der Dessauer Kommunalpolitik, von der uns Ulbrich einige wenige Details berichtet. Kaum faßbar wird hingegen das Bild des Landespolitikers Cohn. Schon bevor er Anfang Dezember 1918 zu den Mitgründern der neuen liberalen Sammlungspartei, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), und dann auch zu den Mitgliedern der Konstituierenden Landesversammlung des zukünftigen Freistaates Anhalt gehörte, war Cohn in der Untergangsphase der alten Ordnung vom Prinzregenten zum Mitglied des noch nicht demokratisch legitimierten Staatsrates, der anhaltischen Landesregierung, berufen worden. Diesem Gremium sollte Cohn dann – gleichsam als Garant des friedlichen Übergangs zur Demokratie – in einer Koalition mit den Sozialdemokraten bis 1922 angehören. Wir erfahren noch, dass Cohn maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der im Juli 1919 verabschiedeten anhaltischen Landesverfassung hatte. In einem Presseartikel von 1922 läßt Cohn deutlich werden, dass er kein geborener Anhänger der neuen demokratischen Republik gewesen ist, ihn aber die Art des Zusammenbruchs der alten Ordnung und vor allem das Verhalten der von dieser Ordnung zuallererst profitierenden gesellschaftlichen Schichten eines Besseren belehrt habe.

Bedauerlicher aus Sicht der Liberalismusforschung ist das Faktum, dass der liberale Parteipolitiker Cohn in der kleinen Schrift mehr denn bloss bleibt. Hier leistet auch der ansonsten umsichtig ausgewählte, zumeist auf gedruckte Quellen rekurrierende, nahezu die Hälfte des Gesamtmanuskripts umfassende Dokumententeil (S.54–102) keinerlei ergänzenden Beitrag. Zudem die Zuordnung des Dessauer Freisinns – und damit Cohns – zur Richterschen Freisinnigen Volkspartei mehr als fraglich. Der Reichstagswahlkreis Dessau-Zerbst wurde zwischen 1890 und 1912 durch Vertreter der Freisinnigen Vereinigung vertreten und auch der 1912 dem Sozialdemokraten Wolfgang Heine unterlegene Linksliberale Hugo Preuß entstammte der nicht-richterschen Tradition des deutschen Linksliberalismus. Von Cohns Wirken in den Sammlungsparteien des deutschen (Links-)Liberalismus vor 1918, also in FVP und DDP erfahren wir allenfalls Implizites, jedenfalls kaum Neues. Deutlich wird lediglich, dass der bekennende Jude und Liberale Cohn in der Niedergangsphase des deutschen Liberalismus zwischen den Weltkriegen zum einen bevorzugte Zielscheibe der bürgerlichen Rechten und des aufkommenden, sich

ohne jede Scheu oder Verstellung radikal-antisemitisch gebärdenden Nationalsozialismus gewesen ist. Deutlich wird aber auch die große Enttäuschung und Verbitterung, die Cohn ergriffen haben muss – im Angesicht des Niedergangs seiner aufrichtigen und uneigennütigen Hoffnungen für die Gestaltung eines liberal-demokratischen Deutschlands – frei von Rassen- und Klassenhass.

So sehr uns der Liberale Cohn schemenhaft und unkonturiert erscheint, um so deutlicher arbeitet Ulbrich das Profil des jüdischen Deutschen Cohn hervor. Denn genau dies war Cohn und wollte es sich von den Antisemiten – ob bürgerlicher oder proletarischer Provenienz – auch um keinen Preis nehmen lassen. Durch eine Vielzahl von aufschlußreichen Dokumenten belegt Ulbrich geradezu exemplarisch die Denkweise der übergroßen Mehrheit jener deutschen Juden, die seit 1893 ihre Interessen vom liberalen „Central-Verein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ am besten vertreten sahen. Cohn war hier Aktivist und gesuchter Vortragsredner auf regionaler und überregionaler Ebene, Mitglied auch des Zentralvorstandes.

Entgegen den – durch die Zeitläufte immer mehr an Plausibilität gewinnenden – Thesen des Zionismus vertrat Cohn die unauflösliche Zugehörigkeit der deutschen Juden zur deutschen Nation, die man sich weder von den antisemitischen Rassenhetzern noch von jenen nehmen lasse, die eine neue jüdische Nation mit dem Zielpunkt Palästina zu kreieren angetreten seien. Nicht erst als Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinde in Dessau (seit 1921) hatte Cohn zu seinem Treuebekenntnis zum Judentum als Religion und Tradition gestanden, jede Form „aktiver Assimilation“ durch Konversion aufs Schärfste verworfen. Für Cohn gehörten die deutschen Juden in ihrer religiösen und kulturellen Eigenart zu Deutschland, allen Anfeindungen zum Trotz; für Cohn kämpften in erster Linie „Deutsche gegen Deutsche“, nicht so sehr Juden gegen Antisemiten, wenn es darum ging, ein demokratisches, liberales und soziales Deutschland für alle Bürger zu schaffen. Das Schicksal, das ihn am 24. Januar 1933 dahinscheiden und am 30. Januar morgens (!) auf dem jüdischen Friedhof Dessau seine letzte Ruhe finden ließ, hat es insofern gnädig mit dem jüdischen Liberalen Hermann Cohn gemeint. Der Anblick des Sieges- und Vernichtungszuges der Braunen Horden blieb ihm erspart. Cohns Grabstein übrigens, der wie ein Wunder die Zeitläufte überstanden hat, ziert neben den Lebensdaten des Verstorbenen nichts weiter als Goethes „Eis-Lebens-Lied“.

Großen Dank schuldet die historische Liberalismusforschung dem früheren Dozenten an der Fachhochschule der Bundesagentur für Arbeit, Dieter G. Maier, einem Nicht-Historiker, für sein ambitiöses und – gemessen an seinen Ansprüchen – zweifellos gelungenes Projekt, den „aufrechten Demokraten“ und „unerschrockenen Liberalen“ (S. 7), zudem auch den vielseitigen Wissenschaftler Ignaz Jastrow einer von ebenso schnelllebig-wandelbaren wie gelegentlich erstaunlich randständigen Themen bestimmten Geschichts- und Sozialwissenschaft ins Bewußtsein zu rücken.

Die Lebensdaten des Protagonisten sind rasch repetiert: Der 1856 im pommersch-kujawischen Nakel/Nakło an der Netze geborene Sohn eines jüdischen Getreidehändlers studierte in den 1870er Jahren in Breslau und Berlin (u.a. bei Rudolf Gneist, Eugen Dühring und Heinrich Brunner) Geschichte und Philosophie, bevor er 1878 mit einer rechtsgeschichtlichen Dissertation zur „strafrechtlichen Stellung der Sklaven bei Deutschen und Angelsachsen“ promoviert wurde. Nach Militärdienst und kurzer Assistenzzeit bei Leopold von Ranke war Jastrow im Schuldienst tätig, bevor er sich 1885 in Berlin im Fach Geschichte habilitierte. 1892 folgte die *Venia legendi* für Staatswissenschaften. In den Folgejahren konnte Jastrow sich und seine junge, rasch vierköpfige Familie nur durch die Unterstützung der

Eltern und klägliche Einkünfte aus Kollegiengeldern und Buchtantiemen über Wasser halten. Auch eine (unbesoldete) außerordentliche Professur für Staatswissenschaften an der Universität Berlin 1905 erbrachte hier keine Verbesserung.

Erst die Professur an der neuen, privaten, von den „Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin“ getragenen Handelshochschule, die Jastrow dann rasch auch zu ihrem Gründungsrektor (bis 1909) berief, machte aus dem weitgehend brotlosen Akademiker und „Polyhistor“ (S. 7) einen wohlhabenden und arrivierten Wissenschaftler. Als dann in den Jahren der Weimarer Republik auch die Verleihung der ordentlichen Professur einer staatlichen Universität an einen jüdischen Deutschen kein „Tabu“ mehr war, wurde Jastrow 1920 mit der Verleihung der Professur für Staatswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität endlich – und spät – persönliche Genugtuung zuteil. Natürlich wurde auch Jastrow gegen Lebensende nicht vom nazistischen Rassenhass verschont: Man entzog ihm Ende 1935 – nach 40jähriger Lehrtätigkeit – die Lehrbefugnis, was jedoch seine fortgesetzte wissenschaftliche Produktivität kaum tangierte. Bei Jastrows Tode im Mai 1937, der allenfalls in den noch bestehenden jüdischen Medien seinen Widerhall fand, waren noch zwei Publikationen im Druck, darunter eine zum liberalen Urvater Adam Smith. Die liberale jüdische „CV-Zeitung“ würdigte Jastrow denn auch in ihrem Nachruf als einen Universalwissenschaftler und mitreißenden Pädagogen, dem niemand „an Wissen überlegen“ gewesen sei.

Auf Jastrows weithin vergessenes historisches Oeuvre kann hier nur ein knapper Blick geworfen werden. Lediglich drei seiner historischen Publikationen seien erwähnt: zunächst die preisgekrönte „Geschichte des deutschen Einheitstraumes und seiner Erfüllung“ von 1885, die Georg Simmel als ein „Geschichtswerk“ würdigte, das wie kein anderes der Begründung eines „freisinnigen Patriotismus“ (S. 18) in Deutschland diene. Um die Jahrhundertwende erschien die mit dem Magdeburger Staatsarchivar Georg Winter verfaßte zweibändige „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Hohenstaufen“. Ein historiographisches Spätwerk Jastrows schließlich ist die bei Ullstein erschienene „Weltgeschichte in einem Band“ von 1932. Vielleicht ist es symptomatisch für die Rezeption, die Jastrow zu Lebzeiten gefunden hat, daß ihm der Preis 1885 nicht von einer hochmögenden wissenschaftlichen Institution, sondern von der ersten deutschen „Buchgemeinschaft“ verliehen wurde, dem 1873 gegründeten „Allgemeinen Verein für deutsche Literatur“.

Wenn man heute überhaupt noch Jastrow erinnert, dann wohl vor allem aufgrund seiner (Publikations-)Tätigkeit auf dem Felde der Sozialpolitik. Nachdem er sich schon in den 1880er Jahren im „kathedersozialistischen“ Verein für Sozialpolitik betätigt hatte, redigierte Jastrow seit 1893 die aus dem Frankfurter „Institut für Gemeinwohl“ hervorgegangenen „Blätter für Soziale Praxis“. Sie erschienen seit April 1895 unter dem Titel „Soziale Praxis. Central-Blatt für Sozialpolitik“, die wohl bedeutendste sozialreformerische Wochenzeitung der Zeit im Geiste des Sozialliberalismus. Jastrow schuf hier 1894 die Monatsbeilage „Das Gewerbegericht“, die erstmalig die durch die Reichsgesetzgebung von 1890 geschaffene neue Realität auf dem Felde der Gewerbe- und Arbeitsbeziehungen reflektierte. Im Konflikt mit dem Patron der Wochenzeitung, dem Frankfurter Metallindustriellen Wilhelm Merton, legte Jastrow 1896 zunächst die Redaktion nieder. Nachdem er sich in einen Rechtsstreit mit dem preußischen Handelsminister von Berlepsch begeben hatte, sah er sich zusätzlich zur Niederlegung der Herausgeberschaft der „Sozialen Praxis“ veranlaßt, als Berlepsch – nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik – im Jahre 1896 Eigentümer des Verlages der „Sozialen Praxis“ geworden war. Diese Rückzüge im Streit waren nicht die einzigen in der Biographie Jastrows, doch wohl die folgenreichsten, ging ihm

dadurch doch das einflußreiche Medium der deutschen Sozialpolitik verlustig. Seine fortgesetzte Autorenenschaft – auch unter der Ägide des neuen Redakteurs Ernst Francke – konnte an diesem Sachverhalt nichts ändern.

Jastrow war jedoch alles andere als resigniert. 1897 gründete er die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“, die er dann bis 1907 redigieren sollte. Hier legte Jastrow die Grundlagen für die Messung der Arbeitsmarktbewegungen, die für effiziente Arbeitsvermittlung, systematische Konjunkturbeobachtung sowie

gezielte Arbeitsmarktpolitik erforderlich sind. Jastrows Zeitschrift versuchte, die Arbeitssuchenden sowie die offenen und vermittelten Stellen über kommunale und private Arbeitsnachweise zu erfassen. Erst 1903 übernahm das vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene „Reichsarbeitsblatt“ diese essentiell notwendige Aufgabe. Die seinerzeit weitgehend von Jastrow geprägte Terminologie der Arbeitsmarktberichterstattung gilt weitgehend bis heute fort. Der Autor würdigt Jastrow demgemäß als „Schöpfer der Grundlagen für die heutige Arbeitsmarktpolitik“ (S. 53). Jastrow beließ es auch hier keineswegs bei der Theorie. Als unbesoldeter Stadtrat seiner Wohngemeinde Charlottenburg war Jastrow seit 1910 auch für Arbeitsnachweis, Fortbildungsschulwesen, Armenfürsorge und Arbeitslosenfürsorge zuständig. Als herausragender Praktiker eines effizienten Kommunalliberalismus sorgte Jastrow so im Jahrzehnt seiner kommunalen Verwaltungstätigkeit dafür, dass Charlottenburg als erste deutsche Stadt überhaupt die Beobachtung der Arbeitsmarktlage zur Verwaltungsaufgabe erklärte.

Als wäre all dies nicht schon mehr als genug der wissenschaftlichen, pädagogischen und publizistischen Tätigkeit, so wird auch der politische Mensch Ignaz Jastrow bei Maier nicht vergessen, auch wenn dies – leider – eher eine Randnote der Publikation darstellt. Nachdem Jastrow zunächst vor allem zur gesellschaftlichen Bedeutung der anwachsenden Sozialdemokratie publiziert hatte, outete sich Jastrow 1893 während der preußischen Landtagswahl als Liberaler – und zwar nicht als irgendeiner. Mit seiner Schrift „Sozialliberal“ prägte Jastrow nicht nur einen politisch-historischen Terminus, sondern er bekannte sich auch als Sozialliberaler. Für Jastrow bedeutete dies vor allem: „Wer liberal gesinnt ist, muß die auftauchenden sozialen Fragen nicht ablehnen, sondern in liberalem Sinne zu beantworten suchen.“ Eine Platitüde – könnte man geneigt sein zu sagen. Wie oft – bis in die Gegenwart (siehe die ökologische Herausforderung unserer Tage) – jedoch haben Liberale gesellschaftliche Probleme geleugnet oder „wegzurationalisieren“ versucht statt sie „in liberalem Sinne zu beantworten“? Auch hier beließ es Jastrow nicht bei der Theorie: Ab 1898 war der Sozialliberale auch für einige Jahre freisinniges Mitglied der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, wo er sich jener Richtung zugesellte, die bald von den Namen Theodor Barth und Friedrich Naumann bestimmt sein sollte. Weiteres über die parteipolitische Affiliation Jastrows erfahren wir nicht. Man kann jedoch davon ausgehend, dass er bestens im politischen und geistigen Liberalismus seiner Zeit vernetzt war. Hier liegt ein weites Aufgabengebiet für eine wissenschaftliche Biographie Jastrows, die wir uns nur wünschen können.

Zu allerletzt: der jüdische Liberale Jastrow. Wie so mancher seiner Generation und seines intellektuellen Werdegangs entstammte Jastrow einer jüdisch-orthodoxen Familie. Jastrow bekannte sich zwar lebenslang zum Judentum, wendete sich aber – auch da wie viele seiner Generation – ab von der Orthodoxie, ja auch ab von jenem ostentativen Bekenntnis zum Judentum, wie es sein Zeitgenosse Hermann Cohn pflegte. Der „Vielschreiber“ Jastrow äußerte sich niemals zu explizit „jüdischen“ Themen, engagierte sich aber sehr wohl im bürgerlich-liberalen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Auch wenn wir nicht viel von der Geisteswelt erfahren, in der sich Jastrow bewegte, so deutet doch die Tat-

sache, dass er zu den Gründern der liberal-freidenkerischen „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“ zählte, daraufhin, dass sich Jastrow in erster Linie einer von den Fesseln der traditionellen Religionen befreiten Freigeistigkeit gekoppelt mit der Verpflichtung zu sozialem Engagement, hier durchaus in Anlehnung an die jüdisch-traditionelle „Wohltätigkeit“ (Zedaka), verpflichtet fühlte.

Hermann Cohn – Ignaz Jastrow: zwei liberale jüdische Deutsche. Wir können den Autoren für ihre biographischen Skizzen nur dankbar sein, auch wenn vielleicht ihre vornehmliche Leistung im Rückblick darin bestanden haben dürfte, uns durch vielerlei Lücken und offene Fragen, durch das implizite

Aufzeigen von Forschungsdesideraten darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass auch in Bereichen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die als gut erforscht gelten, noch wichtige Arbeit für junge Historiker und Sozialwissenschaftler zu leisten bleibt.

Jerusalem

Hans-Georg Fleck

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Christian Jansen: Gründerzeit und Nationsbildung 1869–1871

Paderborn u. a.: Schöningh/UTB 2011 (Seminarbuch Geschichte), 280 S., 35 Abb., 2 Kte, 4 Tab., ISBN 978-3-8252-3253-5

Studienbücher haben schon seit einiger Zeit eine gute Konjunktur, etliche Verlage tummeln sich mit einem teilweise sehr weitgefächerten Angebot auf diesem offenbar lukrativen Markt. Die Möglichkeiten dieses Genres, aber auch einige seiner Grenzen lassen sich an dem Band sehr schön darlegen, den Christian Jansen für jene Epoche deutscher Geschichte vorgelegt, der traditionell unter die Überschrift „Reichsgründungszeit“ gestellt worden ist. Für die Liberalismus-Forschung ist sie nicht zuletzt deshalb von Interesse, weil dort auch einige für die Entwicklung des deutschen Liberalismus entscheidenden Weichenstellungen stattfanden, wie zuletzt anhand der 150. Wiederkehr der Gründung der „Deutschen Fortschrittspartei“ diskutiert worden ist. Man greift auch deshalb gern in diesem Zusammenhang zu Jansens Kompromisierung, weil er als einer der besten Kenner der zeitgenössischen politischen Bewegungen gelten kann.¹

Sein Programm wird einleitend durch die Feststellung ausgedrückt, dass die Revolution von 1848 wichtiger als Bismarck für die Gründung des kleindeutschen Nationalstaats gewesen ist (S. 9). Folgerichtig stehen nicht der preußische Ministerpräsident und spätere Kanzler, sondern die politischen Bewegungen im Zentrum der chronologischen Darstellung. Dass deren Hauptströmung nicht unter dem klassischen Terminus „liberale Nationalbewegung(en)“, sondern als „freiheitlich-nationalistische Bewegung“ zusammengefasst wird, ist für den Leser gewöhnungsbedürftig; es erscheint fraglich, ob sich diese Etikettierung durchsetzen wird. Begründet wird dies damit, dass schon die Nationalbewegung der „Reichsgründungszeit“ Züge aufwies, die bislang mit dem „integralen Nationalismus der politischen Rechten“ im Kaiserreich verbunden worden sind (S. 128).

Auch sonst versucht der Autor neue Wege zu gehen, die politische Entwicklung „offener“ und weniger „borussisch“ darzustellen als in der lange Zeit dominierende Geschichtsinterpretation und den vermeintlichen „Verlierern“ von 1866/1870 mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dieser Akzentverlagerung soll auch mit der Überschrift „Gründerzeit“ Rechnung getragen werden, was nach Jansens Auffassung einer „demokratisch ausgerichteten Geschichtsschreibung angemessener“ ist (S. 11). Man muss eine solche aktuell-politische Aufladung nicht unbedingt teilen, wie wohl zu begrüßen ist, dass ein Autor sich einleitend zu seiner Standortgebundenheit bekennt; in jedem Fall kann sich Jansen hier² und anderswo auf aktuelle Tendenzen in der historischen Forschung und Darstellung berufen, deren Ergebnis er sehr kenntnisreich in sein Überblickswerk einbaut.

Diese skizziert in sechs vornehmlich chronologisch angelegten Abschnitten die politische Entwicklung vom Ausgang der 48-Revolution bis zur Entstehung des „imperialen Nationalstaats mitten in Europa“.

¹ Vgl. Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche. Düsseldorf 2000, ders. (Hrsg.): Nach der Revolution 1848/49 - Verfolgung, Realpolitik, Nationalbildung. Politische Briefe deutscher liberaler und Demokraten 1849-1861. Düsseldorf 2004

² Vgl. „Gründerzeit 1848-1871. Industrie & Lebensträume zwischen Vormärz und Kaiserreich. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museum. Dresden o. J. (2008)

Vorgeschaltet ist ein kurzer Rückblick auf die Revolution, am Ende steht eine zusammenfassende Bilanz. Aus diesem Rahmen fällt das dritte Kapitel zu den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, bei dem der Rezensent nicht nur die – recht wenigen – Bemerkungen zu den schon damals aufkommenden Umweltproblemen, sondern vor allem auch folgenden Hinweis aus Anlass einer Sozialstatistik bemerkenswert gefunden hat, dass nämlich alle heutigen Erwerbsklassen nach damaligen Kriterien zur Ober- und Mittelschicht gehört hätten: „Drei Viertel der Bevölkerung in der Gründerzeit lebten also in für uns kaum vorstellbarer Armut, inakzeptablen hygienischen und Wohnverhältnissen.“ (S. 87) Insgesamt bekommen die Leser, vor allem also die Geschichtsstudenten, sehr komprimiert, aber auch anschaulich und zumeist auch sehr solide Informationen über die Epoche vermittelt, vielleicht abgesehen davon, dass die Königin und Kaiserin Augusta nicht die Tochter der Queen, sondern die Schwiegermutter von deren Tochter war (S. 121) und dass deutschen Truppen 1871 nicht direkt Krieg gegen die Pariser Kommunisten führten (S. 234).

Diskutabler als solche Lappalien erscheinen dagegen einige Aspekte im Zusammenhang mit der Anlage des Buches, bei denen aus Sicht des Rezensenten Widersprüche auftauchen: der „Anti-Borussismus“ und die Darstellung der Oppositionsbewegung. Natürlich ist die Historiographie zur „Reichsgründungszeit“ mehrheitlich preußenzentriert gewesen und ist das Geschichtsbild bis heute entsprechend geprägt. Fraglich ist allerdings, ob dies allein normativen Werthaltungen entsprungen ist. Auch Jansen kommt in seiner Darstellung immer wieder auf die Schlüsselrolle Preußens zurück, sei es im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung (vgl. z. B. S. 129), sei es unter ökonomischen Aspekten (S. 64). An Preußen führte letztlich kein Weg bei der Bildung eines deutschen Nationalstaates vorbei, wenn er außen- und innenpolitisch einigermaßen stabil sein sollte. Dass später das kleindeutsche Kaiserreich ebenso rasch wie dauerhaft gewissermaßen als „Norm“ für die deutsche Verfasstheit angenommen wurde, unterstützt diese Grundannahme. Das dritte Deutschland konnte, das hatte sich ja schon 1848/49 gezeigt, kaum die Basis für die gewünschte Vereinigung der Deutschen abgeben.

Gewisse „anti-borussische“ Züge machen sich auch bei der Darstellung der politischen Kräfte bemerkbar, auf deren Auffächerung zum bekannten Fünf-Parteien-System am Ende dieses Zeitabschnitts Jansen großen Wert legt (vgl. etwa S. 222 ff und die abschließende schöne Beschreibung von der Beerdigung Franz Waldecks 1870, S. 237 ff). Zur Einordnung der unterschiedlichen, noch nicht in Parteien organisierten Strömungen um 1860 legt er das aus seinen früheren Untersuchungen bekannte Schema an (vgl. bes, S. 106). Dabei wird vor allem den kleindeutsch-„großpreußischen“ Konstitutionellen und Demokraten unterstellt, ihre Vorstellungen wären unweigerlich auf Krieg hinausgelaufen (S. 101). Überhaupt sieht Jansen im deutschen Bürgertum einen neuen Militarismus virulent (vgl. S. 141 ff). Abgesehen davon, dass der Plan der „Föderalisten“, die schon früh das Elsass wieder mit Deutschland vereinen wollten (S. 103), wohl nur kriegerisch umgesetzt werden konnte, lässt die Haltung, die die Deutschen Fortschrittspartei etwa gegenüber der Heeresreform oder dem drohenden Krieg 1866 einnahm, sich durchaus auch anti-militaristisch interpretieren. Hier, also in Bezug auf die politischen Kräfte der Reichsgründungszeit, gilt ebenso wie in Bezug auf andere Aspekte dieser Epoche: Je mehr wir darüber wissen, desto unübersichtlicher wird das Bild.

Das ist natürlich keine für ein Lehrbuch besonders förderliche Entwicklung, umso mehr ist es zu begrüßen, dass Christian Jansen versucht hat, ein Bild jener entscheidenden Jahre zwischen Revolution und Reichsgründung zu zeichnen. Wenn er dabei Anregungen zu weiteren Diskussionen nicht nur unter Studenten, sondern auch unter den schon etwas fortgeschrittenen professionellen Geschichtsdeutern liefert, dann ist auch das ein hoher Verdienst für ein Studienbuch, dem eine große Verbreitung zu wünschen ist.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Guntram Schulze-Wegener: Albrecht von Roon. Kriegsminister – Generalfeldmarschall – Ministerpräsident. Biographie eines Preußen.

Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2011, 312 S., 28 Abb., ISBN 978-3-937233-84-0

Zumindest indirekten Aufschluss über den Liberalismus kann man natürlich auch mittels seiner politischen Gegner gewinnen. Dass Albrecht Theodor Emil Graf zu Roon zu diesen zählte, bedarf wohl keiner besonderen Erläuterung. Er war derjenige, der gemeinsam mit seinem Monarchen 1859 den preußischen Heereskonflikt auslöste, der dann – vor allem durch die Berufung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten – der preußischen und deutschen Geschichte eine Wende gab, die von den zeitgenössischen Liberalen entweder abgelehnt oder zumindest mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen wurde. Über den langjährigen preußischen Kriegsminister und kurzzeitigen Ministerpräsidenten liegt jetzt nach langer Zeit wieder eine Lebensbeschreibung vor, zu der ein Nachfahr ein wohlwollendes Geleitwort beisteuert und die einem weiteren Geleitwort zufolge auf „jede ideologische Unterfütterung“ verzichtet. (S. 12) Zweifel an diesem Vorsatz löst aber schon der Umstand aus, dass als Hauptquelle die postum vom ältesten Sohn, der ebenfalls einen hohen militärischen Rang bekleidete, herausgegebenen „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon“ dienen, aus denen ihnen ausführlich zitiert wird, während beispielsweise die preußischen Kabinettsprotokolle und Stenographischen Berichte von Land- und Reichstag nicht benutzt werden. Das lässt von vornherein die Vermutung aufkommen, dass es sich hier nicht um eine „Abrechnung“ mit einem „Militaristen“ handelt. In der Tat kann der „Militär“ – weniger der „Staatsmann“ – Roon wegen „wegen seiner Gradlinigkeit und unbedingten Prinzipientreue“ (S. 247) bei seinem Biographen auf viel Verständnis hoffen, während die liberale Gegenseite, die 1862 angeblich „den Bestand der preußischen Armee de facto für nichtig erklärte“ (S. 161), eher schlecht wegkommt.

Der militärische Werdegang Roon vom Eintritt in die Kadettenanstalt mit 13 Jahren bis zum General wird sehr ausführlich dargelegt, ebenso die familiären und freundschaftlichen Beziehungen. Interessanterweise war Roon offenbar ein recht guter Pädagoge, der nicht nur mehrfach aufgelegte (militär-)geographische Lehrbücher verfasste, sondern auch mit der Erziehung von Prinzen des königlichen Hauses betraut war. Zwar hielt er sich selbst wegen seiner konservativen Einstellung für nicht geeignet, zum Mentor des späteren 99-Tage-Kaisers zu werden, ab seitdem verfügte er über so gute Beziehungen zu dessen kronprinzlichen Vater, die politisch wirksam werden sollten, als dieser ab 1857 selbst an der Spitze Preußens stand. Zwar vermisst man etwas die Einordnung des Roonschen Konservatismus in den zeitgenössischen Rahmen, etwa wo die Vorbilder und Stichwortgeber waren. Auch wird leider nicht der Frage nachgegangen, ob der anders als im Falle Bismarcks gar nicht so alte Adel der aus den Niederlanden via Frankfurt am Main eingewanderten Familie eine umso ausgeprägtere Junker-Sicht hervorgerufen hat. Roons Grundüberzeugung, dass das Heer ein ausschließliches Instrument der Krone bleiben müsse und diese wiederum auch damit ihre politische Führungsrolle verteidigen konnte, wird ebenso hinreichend klar wie die Kernpunkte des Heeres- resp. Verfassungskonflikts. (vgl. S. 129 f.) Dass Roon dabei eine treibende Kraft war, wird auch von seinem Biographen nicht ge-

leugnet, der selbst noch in dem berühmten Kompromißversuch Mitte September 1862 eher einen taktischen Winkelzug Roons als eine wirkliche Ausgleichsbemühung sieht. (vgl. S. 157 f.) Da aber das gesamte Wirken des Kriegsministers Roon „alles andere als zum Nachteil der Armee“ war (S. 110), stört dies den Autor ebenso wenig wie die kriegerische Metaphorik, mit der Minister auch in privaten Schreiben die politische Auseinandersetzung mit der liberalen Opposition belegte. (Vgl. S. 159 f) Hier wie an anderen Stellen, etwa den ausführlichen Schlachtbeschreibungen zu den Einigungskriegen macht sich der militärhistorische Hintergrund des Autors sehr bemerkbar.

Akzeptiert man diese unübersehbare „pro-militärische Tendenz“, dann hat eine zwar nicht herausragende, aber sicherlich solide Lebensbeschreibung eines Mannes vorliegen, den die Umstände zu einem der wichtigsten Gegner nicht nur des Liberalismus in Deutschland, sondern auch einer liberalen Entwicklung unseres Landes machten. Es sei dahin gestellt, ob man von einer Tragik in Roons politischem Leben deswegen reden kann, weil sein Altpreußentum und das auch von ihm geteilte Ziel eines machtvollen deutschen Nationalstaates in einem nicht unerheblichen Spannungsverhältnis standen, worauf der Autor nicht ganz widerspruchsfrei (vgl. S. 16 u. S. 248) hinweist. Tragisch in der Karriere des Albrecht von Roon war auch oder eher der Umstand, dass der Mann, dessen Berufung er in der Krisensituation von 1862 mit allem Nachdruck betrieb, nach Amtsantritt vielleicht zunächst eher unbewußt, später aber sehr bewusst, seine Zurückdrängung betrieb. Somit wurde die Einsetzung des Ministerpräsidenten Otto von Bismarck nicht nur für die preußischen und deutschen Liberalen, sondern auch für den konservativen General Roon zur Peripetie.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Gerd Fenner/Christina Vanja (Hg.): Architektur für Demokratie und Selbstverwaltung. 175 Jahre Kasseler Ständehaus

Kassel: euregioverlag 2011 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, 15), 170 S., 14,90 Euro, ISBN: 978-3-933617-44-6.

Es sind gerade einmal vier Jahre vergangen, dass das Ständehaus in Kassel in einer Publikation des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen gewürdigt wurde. Mit einer Tagung 2006 und deren Veröffentlichung 2007 hatten der Kasseler Historiker Jens Flemming und die Archivarin des Verbandes Christina Vanja an die 175jährige parlamentarische Tradition in Nordhessen erinnert. Damals hatten die Vorträge nach einer bauhistorischen Einführung die historischen Entwicklungslinien von der Ständeversammlung des Kurfürstentums Hessen über den Kommunallandtag in Kaiserreich und Weimarer Republik bis hin zum Hessischen Sozialparlament der Gegenwart aufgezeigt. Schon dieser aufwändig gestaltete Band hatte unter dem Titel „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“ auf den hohen Symbolgehalt des Ständehauses und seiner Architektur für Parlamentarismus und Liberalismus in Hessen verwiesen.

Das vorzustellende Buch, das aus Anlass umfangreicher Sanierungsmaßnahmen entstanden ist, lässt die Geschichte der parlamentarischen Akteure weitgehend außen vor. Es thematisiert vielmehr das Gebäude und seine Baugeschichte, die Nutzung kommt nur dann zur Sprache, wenn die parlamentarischen Gremien über ihr eigenes Gebäude berieten. Zwei Mitwirkende der Publikation von 2007 sind diesmal die Herausgeber: der Kasseler Kunsthistoriker Gerd Fenner und erneut Christina Vanja. Fenners Beitrag über das „Palais der Stände“ nimmt mit neunzig Seiten etwa die Hälfte des Bandes ein. Vanja ergänzt diese Ausführungen um ausführliche Erläuterungen zur Erweiterung des Ständehauses am Beginn des 20. Jahrhunderts. Die aktuelle Ständehaussanierung der Jahre 2009 bis 2011 wird von den Architekten Ole Creutzig und Thomas Fischer skizziert. Den Band beschließt der Beitrag des derzeitigen Landesdirektors Uwe Brückmann, der die rund sechzigjährige Geschichte des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen pointiert darstellt.

Fenners Darlegungen umspannen die Baugeschichte des Ständehauses von den ersten Planungen 1831 bis zur Umgestaltung des Inneren nach dem Zweiten Weltkrieg. Im November 1836 wurde das im Neorenaissance-Stil von dem Kasseler Hofarchitekten Julius Eugen Ruhl errichtete Ständehaus feierlich eröffnet. Die verwirrende Vorgeschichte wird ausführlich in ihren Verästelungen verfolgt. So war nicht nur der Standort des Gebäudes, sondern auch der Baustil heftig umstritten. Gegenüber den überwiegend klassizistischen Entwürfen konnte sich der Plan Ruhls schließlich durchsetzen. Fenner ordnet diese Entscheidung stilgeschichtlich ein, indem er bemerkt, dass die „erstmalige Realisierung eines Bauwerks in Formen des Historismus“ nicht nur für Kassel architektonisch bedeutsam war, sondern gleichzeitig „exemplarisch für den Übergang zum Stilpluralismus in Europa“ stehe (30). Wer künftig Herr im Hause sein sollte, bestimmte der regierende Kurprinz Friedrich Wilhelm höchstpersönlich, in dem er in den Plänen einen Raum eigenhändig für sich markierte. Auch wenn er selbst so gut wie

nie seinen Thron im Ständesaal nutzte, so demütigten er und seine Regierung die dort tagende überwiegend liberal besetzte kurhessische Ständeversammlung ein ums andere Mal.

Fenner geht ausführlich auf die Architektur, die Ausmalung und die Ausstattung des Ständehauses ein und dokumentiert seine Darstellung mit Zeichnungen aus der Graphischen Sammlung der Museumslandschaft Hessen Kassel, Plänen aus dem Archiv des Landschaftsverbandes sowie dem Hessischen Staatsarchiv Marburg, dem Stadtmuseum und dem Stadtarchiv Kassel. Besonders wertvoll sind die Wiedergaben aus dem Stichwerk, das der Architekt Ruhl nur wenige Jahre nach Fertigstellung des Hauses anfertigte. Aufschlussreich sind zudem die danach abgebildeten Lithographien des Ständehauses, die zwischen 1836 und 1870 entstanden, sowie die erste bekannte Fotografie aus dem Jahr 1879. Sie zeigen, wie sehr das Gebäude die Betrachter interessierte und faszinierte. Und selbst die Tatsache, dass manche praktische Unzulänglichkeit in der Bauausführung den Spott der Abgeordneten und Besucher über den „Packwagen“ (60) auf sich zog, konnte am Ende den nachhaltigen Eindruck des Gebäudekomplexes nicht mindern. Kassel redete über sein Parlament; die Ständeversammlung zog nicht nur, aber auch wegen ihres Gebäudes das Interesse der Medien und der Bevölkerung auf sich. Das Ständehaus avancierte zu einem in breiten Kreisen wahrgenommenen vor allem liberalen Erinnerungsort.

Der wachsende Raumbedarf für die Abgeordneten des Kommunallandtags nach 1868 führte zu Überlegungen, das Ständehaus umzubauen und zu erweitern. Der Münchener Architekturprofessor Friedrich von Thiersch, der z.B. auch die Festhalle in Frankfurt erbaute, zeichnete für die insgesamt behutsame Umgestaltung in den Jahren 1904-1906 verantwortlich. Das Hauptgebäude von 1836 blieb weitgehend erhalten; Thiersch ergänzte den alten Trakt durch Anbauten an der Rückseite des Gebäudes, das somit an der Schaufrent zur Straße hin weitgehend unverändert fortbestand.

Den größten „Eingriff“ in die historische Bausubstanz stellten die Bombenschäden des Jahres 1943 und die Neugestaltung des Inneren durch die bekannten Architektenbrüder Arnold und Paul Bode dar. Der entschiedene Wille Arnold Bodes, die Innenräume zeitgemäß modern zu gestalten, führte zu einem gegenüber dem ursprünglich prunkvollen Ständesaal äußerst reduzierten, nüchternen Erscheinungsbild des neuen Sitzungssaals. Die Kritik der Kasseler Presse sprach von „Kino-Architektur“ (98).

Christina Vanja geht in ihrem Beitrag auf die innere Ausgestaltung des Verwaltungsgebäudes im Verlauf des 20. Jahrhunderts ein. Reich bebildert schildert sie die funktionalistische Ausgestaltung der „Bureaus für Kanzlisten, Sekretäre und Techniker“, die gleichwohl durch zurückhaltend eingesetzte ornamentale Formen „eine besondere künstlerisch-architektonische Attraktivität“ aufwiesen (138).

Fenner und Vanja zeigen in ihren Beschreibungen viel Einfühlungsvermögen für das Werk der Baumeister und die Wirkung ihrer Architektur. Ihre Darlegungen wahren regelmäßig Distanz zu simplifizierenden Geschmacksurteilen. Es wäre durchaus reizvoll, ihr Urteil über die jüngsten Umbauten zu erfahren.

Denn nur bedingt rücksichtsvoll wurde mit dem baugeschichtlichen Erbe bei den Umbauarbeiten der letzten Jahre umgegangen, die Barrierefreiheit herstellen und Sicherheitsbelangen dienen mussten. Mittels massiver Abbrüche und anderer willkürlicher Eingriffe in die historische Bausubstanz wurden im Erd- und Obergeschoss zwei durchgehende Foyers geschaffen. Der in den knappen Ausführungen

der Architekten beschworene „sensible Umgang“ (147) mit dem bauhistorischen Erbe muss aus kunsthistorischer und denkmalpflegerischer Perspektive sicher angezweifelt werden. Immerhin ist das Bild der Außenfassade von diesen Eingriffen unberührt geblieben.

Das Kasseler Ständehaus erstrahlt nach der Sanierung der letzten Jahre in neuem Glanz. Ein Denkmal für den Parlamentarismus, ein Gebäude, das den Kampf des Liberalismus um Freiheitsrechte im 19. Jahrhundert geradezu symbolhaft verkörperte, ist – trotz mancher unhistorischer Umbauten – zu neuem Leben wieder erweckt worden. Die wechselvolle Baugeschichte in Erinnerung zu rufen und für ein architektonisches Bewusstsein zu werben, ist dem ansprechend gestalteten und reich bebilderten Band mit seinen detailgenauen Aufsätzen eindrucksvoll gelungen.

Gummersbach

Ewald Grothe

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation Perspektiven. Eine Einführung

Wiesbaden: VS Verlag 2010 (2. überarb. und aktualisierte Auflage), 343 S., ISBN 978-3-531-17494-5

Bücher wie das hier zu besprechende kann man auf zweierlei Art rezensieren. Entweder man begreift den Autor als Politikwissenschaftler, der hier in fast Handbuch-artiger Form eine Abhandlung zur FDP vorlegt, deren erste Auflage bereits 2005 erschienen ist. Als Leser müßten dann vor allem Studenten und die übrigen üblichen Nutzer von Handbüchern gelten, also diejenigen, die schnell eine solide recherchierte Sachinformation suchen, ohne gleich zu mehreren Monographien greifen zu müssen. Oder man sieht den Band als eine wissenschaftlich getarnte innerparteiliche Streitschrift an, der sich dann vor allem an eine Partei-interne Leserschaft wendet. Auch für diese Perspektive würde die Biographie des langjährigen aktiven FDP-Politikers genügend Gründe liefern, der unter anderem in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts für FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin gesessen hat.

Seinen innerparteilichen – linksliberalen – Standpunkt innerhalb der FDP verdeutlicht Dittberner dabei von Anfang an ganz eindeutig, indem er dem Vorwort das (hier aus dem Niederdeutschen übersetzte) Zitat über den liberalen Ministerpräsidenten von Oldenburg, Theodor Tantzen, voranstellt: „Er spielt mit den Großen, aber er hält mit den Kleinen!“ (9) Und er widmet sein Buch „den Liberalen in der FDP: Ohne sie wäre die FDP so wie ihre Gegner sie gerne beschreiben.“ (11)

Einen 100 Seiten umfassenden ersten Hauptteil macht ein Schnelldurchgang durch die Parteigeschichte aus. Bereits hier macht sich ein deutlicher Überhang der gegenwartsnahen Phasen bemerkbar: Auf knapp 40 Seiten wird die Zeit bis zur Wiedervereinigung durchflogen, allein elf davon werden für die Wende 1982 belegt. Es bedarf keiner weiteren Erklärung, daß der Rest zu dünn ausfällt, selbst für ein Handbuch. Weitere 50 Seiten umfaßt der folgende Abschnitt über die FDP in der Region, angekündigt als zwei Fallstudien an den Beispielen Berlin und Hessen. Was bei näherem Hinsehen bleibt, sind 45 Seiten zu Berlin und ein fünfseitiger Exkurs zu Hessen. Dabei wäre gerade ein Blick auf den Landesverband Hessen unter der Fragestellung, inwieweit er als Trendsetter für die FDP bundesweit anzusehen sei, spannend gewesen. Ausführlich untersucht wird dagegen der Dittberner naheliegendere Landesverband Berlin, der wegen der politischen Sondersituation der ‚Frontstadt‘ und wegen der Beschränkung auf eine Großstadt nicht sonderlich repräsentativ ist. Es folgen kurze Abschnitte über die Organisation, die Amtsträger, die Koalitionen und, fast zum Schluß, die Programme der FDP.

Einen Großteil des Bandes machen die 41 Tabellen und vier Übersichten sowie die sich über mehr als 20 Seiten erstreckenden Kurzbiographien aus, die mit einer Ausnahme (Karl Arnold) Politiker(innen) skizzieren, die in ihrem politischen Leben wenigstens zeitweilig einer liberalen Partei an gehört haben. Bei den Tabellen und Übersichten, die sich überwiegend auf die Zeit seit 1990 beziehen, fragt man sich bisweilen, ob die Auswahl statt von Relevanz für die Geschichte und Entwicklung der FDP seit

1948 schlicht vom Vorhandensein bestimmt worden ist. Einen Überblick über die Mitgliederentwicklung von 1948 bis in die Gegenwart sucht man beispielsweise vergebens, ebenso Landtagswahlergebnisse vor 1990.

Angesichts der schon oft gestellten und eigentlich als Erklärung für Niedergänge gemeinten Frage, ob der Liberalismus sich totgesiegt habe, kommt Dittberner zu einem überraschenden Ergebnis für die FDP, die sich ja doch zumeist allein auf weiter Flur wähnt: Klassische liberale Positionen würden mittlerweile auch von den politischen Konkurrenten geteilt: Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, Trennung von Kirche und Staat, Marktwirtschaft (ohne den Zusatz: sozial), rückbauende Reform des Sozialstaats und vor allem den Vorrang des Individuums vor der Institution. Betrachtet man diese Antwort aber näher, so kommen an manchen Stellen Zweifel; und sie wird auch nicht wirklich zutreffender, wenn man die immer wieder umetikettierten SED-Erben namens „Die Linke“ außer Acht läßt, deren die DDR einschließender Rechtsstaatsbegriff kaum konsensfähig sein dürfte. Dabei verläßt die SPD doch, wenn auch stillschweigend, ihren „Hartz IV“-Kurs; ob die ganze Union – und nicht nur Bundeskanzlerin Merkel – wirklich gewillt ist, die theoretische Trennung von Kirche und Staat auch in der politischen Praxis vollends zu realisieren, ist ebenso fraglich, allen päpstlichen Anregungen zum Trotz; Marktwirtschaft findet sich, wenn überhaupt nur mit dem Zusatz „sozial“ in den Programmen von SPD, Union und Grünen. Anders formuliert gäbe es also sehr wohl ein programmatisches Profil mit Alleinstellungsmerkmalen für die FDP. Offen wäre dann aber die Frage nach den Wählern für dieses Programm und den Partnern für dessen Umsetzung. Insofern ist vielleicht das Wahlergebnis von 2009 und die Entwicklung seither instruktiv. Die FDP erzielte ihr bestes Wahlergebnis aus der Opposition heraus. Doch auch 14 % reichen in einer Demokratie nicht aus, um ein Wahlprogramm eins zu eins durchzusetzen, das vor allem auf Steuererleichterungen setzte. Damit bestand, so Dittberner, die Gefahr für die FDP, als Klientelpartei der Besserverdienenden und zugleich als nicht durchsetzungsfähig dazustehen. Um diesem unattraktiven Dilemma des derzeitigen Kurses seiner Partei auszuweichen, empfiehlt er ihr, sich dem „fragilen bürgerschaftlichen Sektor der Projekte und Initiativen zu nähern“, auch wenn dies für die „traditionelle Parteiorganisation risikoreich“ (313) wäre. Ob die FDP diesem Vorschlag folgen wird, bleibt abzuwarten.

Sicherlich enthält der Band eine Menge nützlicher Informationen, als erster Einstieg ist er sicher nicht untauglich. In der Regel empfiehlt es sich jedoch, sich darüber hinaus weiter zu informieren. Als Fazit bleibt: Für ein politikwissenschaftliches Handbuch hat der Band eine Reihe von gravierenden Mängeln, daß er viel zu unausgewogen daherkommt, ist nur einer davon. Als politische Streitschrift für einen bürgerschaftlich erneuerten Sozialliberalismus ist er mit viel zuviel wissenschaftlichem Ballast beladen. Hybrid mag ökologisch momentan angesagt sein, als Buchkonzept ist es eher problematisch.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie

Paderborn u. a.: Ferdinand Schöningh 2012, 346 S., 54 Abb., ISBN 978-3-506-77037-0

Die Zeitgeschichtsschreibung nicht nur der Bundesrepublik Deutschland vermißt längst eine moderne, quellenbasierte Biographie des langjährigen Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher. Seine immense Bedeutung für die internationale Politik, vor allem für die Ost-West-Beziehungen von der Mitte der 70er Jahre bis zum Ende des Kalten Kriegs wird durch einen Begriff schlagartig deutlich, der auch im anglo-amerikanischen Sprachbereich völlig geläufig, dabei zunächst negativ und dann später positiv besetzt war und ist: Genscherism(us); kein bekannterer Name steht derart für einen eigenen Politikstil. Noch länger war Genscher aus der Bonner und Berliner Partei- und Innenpolitik nicht wegzudenken. Seine elf Jahre an der Spitze der FDP markieren nur unvollständig die Zeit, in der er die bei weitem stärkste politische Figur seiner Partei war.

Das Erscheinen einer neuen Genscher-Biographie ist daher zu begrüßen, zumal der Diplomat, Bracher-Doktorand und Dozent an der renommierten Washingtoner Georgetown University einerseits als akademisch ausgewiesen und andererseits als erfahrender diplomatischer Praktiker gelten kann. Er nimmt jedoch nicht nur Genschers aus heutiger Sicht unvorstellbar lange Amtszeit als Außenminister in den Blick. Vielmehr sucht er auch in seinem Leben nach Motiven für politisches Handeln und in seiner nicht unbedingt auf dieses Amt zulaufenden politischen Laufbahn nach Kontinuitätslinien. Allein schon ein Blick auf die Seitenverteilung zeigt aber, daß der Schwerpunkt des Bandes verständlicherweise auf Genschers Außenministerzeit von 1974 bis 1982 liegt. Dabei schildert Heumann eine Vielzahl von außenpolitischen Erfolgen.

Unter den maßgeblichen Politikern der NATO-Staaten gehörte Genscher beispielsweise sicher zu den ersten, die die Bedeutung Gorbatschows sahen und dies bereit in ihr politisches Handeln einbezogen, als viele andere in Bonn und andernorts noch skeptisch waren und bestenfalls an alten Wein in neuen Schläuchen glaubten und daher den neuen KPdSU-Generalsekretär im Grunde sogar für gefährlicher hielten als seine Vorgänger. Der mit Genschers Haltung einhergehende Vertrauensgewinn auf sowjetischer Seite sollte sich 1989/90 auszahlen. Dies gilt auch für die guten Beziehungen, die Genscher zu seinen Amtskollegen in Paris und Washington, Dumas und Baker, aufbauen konnte. Völlig neu ist dies spätestens seit dem Erscheinen von Genschers Erinnerungen nicht. Weniger bekannt sein dürfte seine Rolle bei der Befreiung der als Geiseln festgehaltenen Angehörigen der US-Botschaft im Iran im Jahr 1980. Die damals noch traditionell guten Beziehungen zwischen Bonn und Teheran bewährten sich hier in stiller diplomatischer Kleinarbeit.

Nicht minder wichtig ist Genschers Rolle als außenpolitischer Kontinuitätswahrer über die Wende 1982 hinweg. Als Außenminister und FDP-Vorsitzender gleichermaßen verhinderte er auf einer Reihe von Politikfeldern, daß der Wechsel von einer sozialliberalen zu einer christdemokratisch-liberalen Koalition zu radikalen Brüchen führte. Dazu gehörte sicherlich auch die Umsetzung des Stationie-

zungsteils des NATO-Doppelbeschlusses, von dem sich der alte Koalitionspartner im Grunde verabschiedet hatte. Wer den diplomatischen Schaden in Erinnerung hat, den die deutsche Abstimmungsverhalten über ein militärisches Eingreifen in Libyen 2011 hinterließ, kann wohl ermessen, was passiert wäre, wenn die Bundesregierung den von ihr maßgeblich mitinitiierten und ungleich wichtigeren Doppelbeschuß einseitig aufgegeben hätte. Die Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland auch in dieser Frage gehörte zu dem Vertrauensbonus, der 1989 bei den Verbündeten im Westen in Anspruch genommen werden konnte.

Auffallend blaß bleiben dagegen einige Abschnitte, von denen man sich mehr versprochen hätte. Aber weder zur Guillaume-Affäre und dem Rücktritt Brandts noch zu Genschers Haltung zum PLO- und RAF-Terrorismus erfährt man maßgeblich Neues. Ebenso bleibt die das Wirken Genschers als Innenminister, und das schließt die Fragen des Umweltschutzes ein, unterbelichtet, obwohl die Akten dazu längst im Bundesarchiv zugänglich sind. Hier wird auch indirekt noch einmal die Konzentration auf den Außenpolitiker Genscher deutlich.

So weit, so gut. Manches, bei weitem aber nicht alles von dem, was Heumann schreibt, ist originell. Das wird auch beim Blick auf die Belege deutlich: Mit knapp 500 Endnoten auf 16 Seiten kann man bei weitem nicht alles nachweisen, zumal mit nicht immer nachvollziehbaren Entscheidungen, was nachgewiesen wird und was nicht. Durch die eher zufällig wirkenden Belege erscheinen viele nachgewiesene Zitate leider sehr suggestiv ausgewählt und aus dem eigentlich Zusammenhang gerissen. Sicher informativ waren die gut 30 Interviews mit großteils hochrangigen Zeitzeugen, die mit den zahlreichen Memoiren die eigentliche Basis der Arbeit bilden. Archivmaterial – soweit es nach dem Bundesarchivgesetz außerhalb der 30-Jahres-Frist zugänglich ist – hat Heumann dagegen nicht verwendet, trotz seiner Feststellung: „Unverzichtbar waren dokumentarische Quellen“ (10). Für 1989/90 verweist er immerhin bisweilen auf ihm wie auch immer vorliegende Aktenstücke in imaginären Editionsbanden, von denen niemand weiß, ob sie so je erscheinen werden bzw. die bereits in anderer Form erschienen sind. Bisher drucken die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland jedenfalls keine DDR-Dokumente ab, und der Band zu „German Unification 1989–1990“ der Documents on British Policy Overseas kam bereits 2010 auf den Markt, ohne von Heumann berücksichtigt zu werden. Seit 2011 gibt es zudem einen Editionsband des Auswärtigen Amtes außerhalb der AAPD. Auf Akten im Besitz Genschers konnte auch Heumann leider nicht zurückgreifen.

Daß Heumann ein positives Bild seines ‚Helden‘ hat, dürfte er mit vielen anderen Biographen teilen. Aber das sollte Grenzen haben, wenn man nicht in die Kategorie der Jubelschriften einsortiert werden will. Eher unschön sind dabei schon die teils in Zitate verpackten unnötigen Anstrengungen, Genscher auf Kosten anderer verdienter Politiker hervorzuheben. Vollends durchschaubar wird diese Methode, wenn man Henry Kissinger gerne mehrfach als Laudator Genschers zitiert, ihn aber ansonsten als „in Theorie und Praxis“ frühneuzeitlich (198) abtut. Noch untunlicher sind offenkundige Fehlurteile: Genscher als praktisch alleinigen Vater des Euro darzustellen, schießt jedenfalls weit über das Maß der zulässigen Heldenverehrung hinaus, ebenso die nahezu völlige Ignorierung Kohls in dem 30-seitigen Kapitel zu Europa. Und Genscher im Zusammenhang mit Überlegungen 1991/92 über eine mögliche Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten als ebenbürtigen Konkurrenten Kohls zu schildern, wenn es um „Einfluß und Popularität“ in der Bundesrepublik (39) ging, verkehrt nun vollends die Machtverhältnisse in Bonn. Manche störende Schnitzer (das AKW Kalkar etwa war nicht das zweite AKW in der Bundesrepublik Deutschland) und Lektoratsmängel (Wiederholungen von Zitaten und Belegen innerhalb weniger Seiten) kann man dagegen notfalls überlesen.

So sind es letztlich nicht die kleineren Irrtümer, die einen auf eine weitere Genscher-Biographie warten lassen. Sie sollte vor allem auf einer allgemein nachvollziehbaren breiteren und solideren Quellenbasis fundieren, für die Heumann hoffentlich seine Interviews zur Verfügung stellt. Aber auch der hier anzuzeigende Band macht deutlich, daß Genscher einer der wichtigsten Politiker der Bonner Republik war.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik

Marburg: Tectum Verlag, 2011 (Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Geschichtswissenschaft, 14), 313 S., ISBN 978-3-8288-2591-8

Die Studie von Stephanie Günther, die auf einer von Andreas Wirsching betreuten, 2010 von der Universität Augsburg angenommenen Dissertation beruht, setzt sich zum Ziel, Licht in das bisher wenig erforschte Gebiet der liberalen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik zu bringen. In ihrer Studie will die Verfasserin klären, ob es nach 1919 eine Fortsetzung der im Kaiserreich begründeten liberalen Verwaltungstradition gab und ob die kommunalpolitische Tätigkeit der Deutschen Volkspartei das gängige Bild vom Niedergang der Liberalen in der Weimarer Republik relativieren kann.

Nachdem die Verfasserin die allgemeinen Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik in der Weimarer Republik erläutert hat, untersucht sie den Stellwert der Kommunalpolitik innerhalb der SPD, des Zentrums und schließlich der DVP. Sie zeigt, wie stark die Rechtsliberalen der aus dem Kaiserreich überlieferten Tradition der sachlichen, „unpolitischen“ Kommunalpolitik anhängen und nur langsam – und hier dem Beispiel des Zentrums folgend – die Gründung von kommunalpolitischen Vereinigungen, die Herausgabe einer parteieigenen kommunalpolitischen Halbmonatsschrift sowie die Aufstellung von Richtlinien für die kommunalpolitische Arbeit der Partei forcierten. Diesen Prozess schildert sie vor allem am Beispiel der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, die eine Vorreiterfunktion innerhalb der Partei innehatte.

Wer eine ähnlich quellengesättigte und anregende Studie der Kommunalpolitik von unten erwartet wie Jan Palmowskis viel beachtete (aber von der Verfasserin nicht herangezogene) Untersuchung des Kommunalliberalismus in Frankfurt am Main, wird von diesem Buch enttäuscht sein. Das liegt mitunter an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Studie, die deren analytische Reichweite erheblich schmälert. Anstatt das Thema der volksparteilichen Kommunalpolitik aus der Perspektive der DVP-Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordneten vor Ort zu beleuchten, zieht es die Autorin vor, sich vorrangig der Arbeit in den kommunalpolitischen Vereinigungen der DVP, den Parlamenten sowie den kommunalen Interessenvertretungen zu widmen. Erst im letzten Drittel des Buches, als die Verfasserin die Position der DVP zu einzelnen kommunalpolitischen Themen wie etwa der Finanzpolitik oder dem Wohnungsbau analysiert, erfahren wir etwas mehr über das konkrete Handeln der volksparteilichen Kommunalpolitiker in den Städten des Rheinlands und Westfalens. Dies geschieht aber insgesamt zu punktuell, um ein plastisches und konturenreiches Bild der Entwicklungslinien, der Handlungsräume und der wachsenden Schwierigkeiten liberaler Kommunalpolitik in der Weimarer Republik entstehen zu lassen. Es wäre sicherlich lohnender – wenn auch aufgrund der Quellenlage mühsamer – gewesen, anhand der Arbeit der DVP-Bürgermeister und Fraktionen in vielleicht drei oder vier ausgewählten Städten die kommunalpolitische Praxis und die Umsetzung der kommunalpolitischen Leitlinien der

Partei zu untersuchen. Ein solcher mikrohistorischer Ansatz hätte es auch ermöglicht, die Rolle und Bündnisfähigkeit der DVP im Kräftefeld der lokalen Parteiensysteme auszuloten und auch die Mobilisierungsformen der DVP auf der lokalen Ebene unter die Lupe zu nehmen. Gab es noch die zahlreichen „unpolitischen“ Stadtteil- und Bürgervereine, derer sich die Liberalen vor 1914 bei der Mobilisierung der kommunalen Wähler bedienten? Wenn ja, welche Rolle spielten sie in einem demokratisierten und offensichtlich zunehmend politisierten kommunalen Umfeld? Wie stark war die personelle Kontinuität in den liberalen Rathausfraktionen über das Jahr 1918 hinaus? Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen Links- und Rechtsliberalen auf der kommunalen Ebene? Gerade anhand solcher Fragen hätte man Kontinuitätslinien und Brüche in der liberalen Kommunalpolitik nach 1918 herausarbeiten können und müssen.

Gelegentlich störend wirken Aufbau und Gliederung der Studie. Die Verfasserin geht breit auf die bereits gut erforschten allgemeinen Parameter der Kommunalpolitik und das Wirken der kommunalen Spitzenverbände in der Weimarer Republik ein, bevor sie erst auf S. 89 zum eigentlichen Thema ihrer Studie gelangt. Bei verschiedenen Exkursen vermisst man den engeren Bezug zur volksparteilichen Kommunalpolitik. So wird beispielsweise nicht ersichtlich, welche unmittelbaren Konsequenzen der auf S. 169ff. dargestellte Streit zwischen dem Verleger der Kölnischen Zeitung Neven DuMont und dem DVP-Vorsitzenden Eduard Dingeldey für die kommunalpolitische Arbeit der Partei hatte. Ähnliches gilt für die ausführlichen Erläuterungen zur regionalen Identität des Rheinlands (S. 133ff.). Verwirrend ist es auch, wenn die detaillierte Untersuchung über den kommunalpolitischen Ausschuss des badischen Landesverbands der DVP einem allgemeinen Abschnitt über das Entstehen solcher kommunalpolitischer Vereinigungen und Ausschüsse innerhalb der Partei vorangestellt wird.

Die sprachliche Darbietung ist dem Lesevergnügen nicht immer zuträglich. Streckenweise hätte man den Text straffen müssen, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden. So wird beispielsweise ab S. 89 die Tradition der „unpolitischen“ Kommunalpolitik im Kaiserreich, die die Autorin bereits auf S. 67ff. thematisiert – und im übrigen etwas überzeichnet – hat, erneut aufgegriffen und erläutert. Langatmige Passagen wie etwa diejenigen über die Tagungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz hätte man kürzer fassen müssen: allzu oft erschöpft sich die Darstellung in der Angabe der Namen von DVP-Politikern und der fast wortwörtlichen Wiedergabe ihrer Stellungnahmen. Eine Gewichtung und historische Einordnung der vertretenen Standpunkte findet zu selten statt. Manche Formulierungen wirken unbedacht: Die Tatsache beispielsweise, dass die DVP-Zeitschrift *Kommunale Umschau* einen Artikel über den Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres veröffentlichte, kann man wohl kaum als Zeichen für die parteiübergreifende Popularität des DVP-Politikers deuten. Andere Angaben sind schlicht und ergreifend widersprüchlich. Nachdem wir erfahren haben, dass die DVP 1920 in Duisburg überdurchschnittlich gut bei den Reichstagswahlen abgeschnitten habe (S. 140), wird kurz danach mitgeteilt, dass es sich „mit Duisburg hinsichtlich der Wahlergebnisse um keine Hochburg der Partei handelte“ (S. 147). Ärgerlich in einer Arbeit, die sich vor allem mit der rheinischen DVP befasst, ist die wiederholte Bezeichnung des Essener Oberbürgermeisters und späteren Reichskanzlers Hans Luther als Mitglied des Zentrums (S.63; S.143), zumal der evangelische und zunächst parteilose Politiker der DVP nahe stand und ihr 1927 auch beitrug.

Es ist gewiss ein Verdienst dieser Studie, dass sich die Autorin des bisher unerforschten Themas der liberalen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik angenommen hat. Wir wissen nun, welchen Stellenwert die Kommunalpolitik für die Parteileitung der DVP sowie für die Parteigremien auf Provinz-

bzw. Landesebene hatte. Deutlich wird auch, wie sich die DVP allmählich mit der Vorstellung der parteipolitischen Kommunalpolitik anfreundete und auch auf verschiedenen Ebenen Leitlinien für das Handeln ihrer kommunalen Mandatsträger ausarbeitete. Aufgrund der erheblichen Mankos der Studie wird die Autorin aber nur bedingt ihrem Anspruch gerecht, eine „Charakterisierung der volksparteilichen Kommunalpolitik [zu] liefern“. Noch weniger kann sie den Beweis erbringen, dass die langgehegte Forschungsmeinung bezüglich des Niederganges der liberalen Parteien in der Weimarer Republik durch die Bilanz der DVP-Kommunalpolitik revidiert werden muss. Kurzum: nach dieser Studie bleibt die Kommunalpolitik der DVP in den Jahren nach 1918 weiterhin ein Desiderat der Liberalismusforschung.

Baden-Baden

Mark Willock

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Tabea Mariga Esch: „Freie Kirche im freien Staat“. Das Kirchenpapier der FDP im kirchenpolitischen Kontext der Jahre 1966 bis 1974 (Beiträge zur historischen Theologie. Band 157)

Tübingen: Mohr Siebeck Verlag, 2011, XV und 614 S., ISBN 978-3-16-150617-8 (124,00 €).

Zentraler Gegenstand dieser Untersuchung ist das sogenannte „Kirchenpapier“, das die FDP auf ihrem Hamburger Bundesparteitag im Oktober 1974 beschloß. Unter dem Titel „Freie Kirche im freien Staat“ werden in äußerster Prägnanz – der dreiseitige Text besteht aus dreizehn „Thesen“ – die religions- und kirchenpolitischen Positionen der Partei formuliert. Als Leitlinie bzw. „Ziel“ liberaler Politik auf dem Gebiet von Kultus und Religionsausübung wird „die Sicherung und Erweiterung der Freiheit“ genannt. Gegenüber dem kirchlichen Anspruch auf Traditions- und Besitzstandswahrung in allen Belangen des geistlich-religiösen Lebens werden die symbolhaften Wendungen von „Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ sowie das „Recht auf freie Religionsausübung“ exponiert.

Es ist klar, daß mit diesen bewußt weitreichenden Akzentsetzungen die christlichen Kirchen von vornherein erhebliche Schwierigkeiten hatten, ja sich sogar regelrecht herausgefordert und provoziert sahen. Das in den Neuregelungen des Verhältnisses von Kirche und Staat nach dem Ersten Weltkrieg fixierte System offener, verdeckter und halbverdeckter Staatsleistungen zur Alimentierung des Kirchenapparates schien hier offen in Frage gestellt. Aber auch innerhalb der FDP fanden langanhaltende intensive Debatten über die Stellung der Partei zu den Kirchen statt. Dem entsprach, mehr als dies heute noch zutrifft, ein Realgrund von eminenter Bedeutung: Die gesellschaftliche Stellung der Kirchen war zu Beginn des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts zwar schon im Wandel begriffen, in wesentlichen Zügen aber noch unangetastet, und von einer dramatischen Auflösung der überkommenen volkskirchlichen Strukturen, wie wir sie seither erlebt haben, machten sich allenfalls die weitsichtigsten Beobachter eine vage Vorstellung.

Im Abstand von fast vier Jahrzehnten hat nun die junge Theologin Tabea Mariga Esch dem Kirchenpapier, seiner komplexen Entstehungsgeschichte und der ganzen, sich darum herumrankenden Diskussion eine umfassende Untersuchung gewidmet. Um die Bedeutung des Dokumentes zu ermessen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß mit diesen dreizehn Thesen erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik eine regierungsverantwortliche Partei das etablierte Staatskirchensystem offen problematisierte. Die heftige Auseinandersetzung um die hier formulierten Grundsätze hatte insofern eine Entlastungsfunktion, als sich jetzt auch von anderer Seite Stimmen nicht nur zur Position der FDP, sondern eben auch zum Thema selbst zu Wort meldeten. Über alle parteipolitische Relevanz hinaus kommt dem Text deshalb eine gewichtige zeitgeschichtliche Stellung zu.

Im Mittelpunkt steht bei Esch die Entstehungsgeschichte einschließlich einer detaillierten Schilderung der Hintergründe. Diese Passagen sind nicht ohne Brisanz für die Geschichtsschreibung der FDP, zeigt sich doch, daß die mit den Thesen anvisierte „Trennung“ von Staat und Kirche keineswegs unumstritten war und vor allem in der Einschätzung der erwartbaren Konsequenzen für das gesellschaftliche

Gesamtgefüge sehr unterschiedliche Standpunkte vertreten wurden, etwa was den sozialpolitischen Bereich betraf, den Bildungssektor oder die dann anstehenden Fragen zu den finanziellen Lasten aus abzulösenden staatsnahen Leistungen kirchlicher Einrichtungen. Einige Akteure vertraten ein Leitkulturmodell, in dem die Religion durch einen weiträumigen säkularen Toleranzhumanismus ersetzt wurde, den sie als einzigen legitimen Garanten der moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften betrachteten. Andere dagegen widersetzten sich dem. Karl-Hermann Flach, Mitautor der „Freiburger Thesen“ und seit 1971 bis zu seinem Tod im August 1973, Generalsekretär der FDP, erkannte nicht nur eine antiklerikale, sondern sogar eine religionsfeindliche Tendenz, die für ihn mit liberalen Prinzipien unvereinbar war.

In den frühen siebziger Jahren bestand bei der deutlich überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung noch eine stabile Kirchenbindung. Insofern bezog sich das Kirchenpapier auf ein Problemfeld – die Rolle des in Religionsdingen zu Neutralität verpflichteten Staates bei der Sicherung der privilegierten Stellung der Kirchen –, das sich im politischen Meinungsstreit nicht leicht umsetzen ließ. Esch führt aber doch einige interessante Beispiele an. In der „Wahlplattform“ zur Landtagswahl 1975 in Berlin hieß es etwa: „Soll das Finanzamt weiter der Kassierer der Kirchen sein? Die F.D.P. will: – Die Beseitigung der noch bestehenden Einwirkungsmöglichkeiten des Staates auf die innerkirchlichen Entscheidungen. – Die Abschaffung des staatlichen Einzuges der Kirchensteuer. [...]“ Der Aspekt der Kirchensteuererhebung trat auch sonst in der öffentlichen Diskussion ungebührlich in den Vordergrund, während auf der anderen Seite bei dem viel weiterreichenden Thema der „Aufnahme“ (gemeint ist: „Übernahme“) kirchlicher Aktivitäten im diakonischen, Bildungs- und Pflegebereich keine Klarheit darüber bestand, daß es bei konsequenter Umsetzung hier überall zu einer tiefgreifenden Umgestaltung hätte kommen müssen.

Eschs Darstellung läßt, was den komplexen Diskussionsprozeß und die damalige Gemengelage an zum Teil recht widerstreitenden Positionen auf kultur- und religionspolitischem Gebiet innerhalb der Partei kaum eine Frage offen. Glänzende Passagen widmet sie den unterschiedlichen Standpunkten der Landesverbände. Sehr klar arbeitet sie besonders auch den Anteil der Deutschen Jungdemokraten heraus. Sie hatten schon Anfang 1973 mit einem sogenannten „Streitpapier“ unter dem Titel „Liberalismus und Christentum“ den wichtigsten Anstoß zu dem Kirchenpapier gegeben und mit ihrer überwiegend kirchen- und religionskritischen Haltung auch die Diskussion stark bestimmt. Esch ordnet die vielleicht aus heutiger Sicht überraschende Vehemenz ihres Engagements in dieser Sache sicherlich zu recht dem Wandel der Jugendorganisation in Folge der 1968er-Bewegung zu.

Die Gliederung der sehr materialreichen Studie ist übersichtlich und von einleuchtenden Gesichtspunkten geleitet. Zunächst wird das Verhältnis der FDP zu den beiden Großkirchen erörtert, anschließend die programmatische Ebene („Gegen die Vermischung von Politik und Religion“) eingehend und im historischen Rückblick bis auf die Anfänge der FDP thematisiert. Eine äußerst detaillierte Analyse ist dem erwähnten Vorstoß der Jungdemokraten gewidmet, einschließlich diverser, damit direkt oder indirekt zusammenhängender Seitenstrebungen (u.a. der Gründung der Humanistischen Union). Hochinteressant sind auch die Ausführungen über Entstehung und Diskussion der Thesen selbst. Auf einhundertsechzig Seiten entrollt sich ein innerparteilicher Diskussionsprozeß, der in einzelnen Stationen von dramatischen Momenten nicht frei war, dessen historische Rekonstruktion doch jetzt aber auch, sicher von den Protagonisten nicht sehr erwünscht, manchen Winkelzug ans helle Licht stellt. Daß die eigens vom Bundesvorstand eingesetzte „Kirchenkommission“ – unter Leitung der Bundestagsabgeordneten Liselotte Funcke (sie engagierte sich als Synodale und Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung seit langem in wichtigen EKD-Gremien) – immer wieder gerade das sensible Thema der

„Trennung von Staat und Kirche“ zu verschleiern suchte, ergibt sich aus Eschs subtilen Ermittlungen sehr deutlich. Abschließend wird die vor diesem Hintergrund gewiß nicht überraschende, konsequent ablehnende Haltung der EKD zum Kirchenpapier geschildert, einschließlich einer Erörterung der jeweiligen landeskirchlichen Positionen. Ein Materialanhang ergänzt die Darstellung.

Die Studie ist von erheblichem zeitgeschichtlichen Wert. Immer wieder ist man überrascht über die Abläufe einzelner Diskussionsgänge. Aber hermetisch abgeschlossen bleibt eben auch die vertraulichste Unterredung dann nicht, wenn einzelne Teilnehmer Handakten für den eigenen Gebrauch anlegen und diese dann Jahrzehnte später freundlicherweise der Forschung zur Verfügung stellen. Keinen guten Eindruck macht aufs ganze gesehen die recht platte Reaktion der EKD. Hier scheint es so, als habe die Bereitschaft überhaupt erst geweckt werden müssen, sich durch substanzielle Überlegungen auf einen Wandlungsprozeß einzustellen, der doch seinerzeit unmittelbar bevorstand. Und was dies betrifft, so hat das FDP-Kirchenpapier jedenfalls seine ansonsten oft vermißte Wirkung ohne Zweifel entfaltet. Im übrigen ist es bis heute formal in Geltung. Die Forderung nach Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzuges wurde im Programm zur Bundestagswahl 1994 („Liberal denken. Leistung wählen.“) bekräftigt: „Die bisherige Kirchensteuer ist durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen.“

Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Frauke Höntzsch (Hrsg.): John Stuart Mill und der sozialliberale Staatsbegriff

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2011 (Staatsdiskurse. Band 18), 219 S., ISBN 978-3-515-09923-3

Für diejenigen, die den Handlungsrahmen des Staates möglichst eng begrenzen wollen, ist John Stuart Mill kein guter Gewährsmann. Denn in die Traditionslinie des angelsächsischen Individualismus mit den Ideen vom schwachen Staat und starker persönlicher Freiheit läßt sich seine Konzeption nicht einzeichnen. Das jedenfalls ist die Perspektive, von der her die Autoren dieses Sammelbandes Mill exponieren. Er entwickle seine Staatstheorie gerade aus einem ausgeprägten sozialpolitischen Interesse heraus, und zwar unter Einschluß recht drastischer Eingriffsrechte, wenn es um die Korrektur gesellschaftlicher Spannungslagen geht. Mill steht für sie insofern eher in einer Linie mit anderen liberalen Intellektuellen des frühen und mittleren 19. Jahrhunderts, die den Staat instrumentell betrachten und ihm mit klarer zweckrationaler Argumentation seine Rolle als Garanten der Freiheit – als Voraussetzung des individuellen Glücks aller – zuweisen.

Frauke Höntzsch, die Herausgeberin des Bandes, eine junge Augsburger Politikwissenschaftlerin, hat schon in ihrer 2010 erschienenen Dissertation über die programmatische Schrift „On Liberty“ die gesellschaftliche Dimension von Mills Freiheitsverständnis herausgehoben. Er wird hier aus der Umklammerung einer Rezeptionsweise gelöst, die ihn einseitig und unzutreffend als Repräsentanten der utilitaristischen Moralphilosophie deutet.

Die Beschäftigung mit Mill lohnt sich, auch wenn der Klassikerstatus ihm in Deutschland nur bedingt zuerteilt worden ist. Gerade die Art und Weise, wie er gesellschaftspolitische Themen diskutiert, zeigt einen undogmatischen und differenzierungsfähigen Geist. Auf diesen Umstand weist die Herausgeberin in ihrer Einleitung mit Recht hin, wie sie überhaupt seine Schriften als „Inspirationsquelle für aktuelle Debatten“ betrachtet. Die Verzerrung einer „libertären“ Lesart sieht sie darin, daß Mills staatstheoretische Ambitionen ausgeblendet werden. Denn zwar beruhe nach Mill das gute Zusammenleben vor allem auf dem Engagement des Einzelnen, doch dieses erfordere die staatliche Gewährleistung umfassender gesellschaftlicher Freiheit und „gleicher sozialer Ausgangsbedingungen“. Mills Korrekturen am Konzept des klassischen liberalen Minimalstaates mache seinen Staatsbegriff „auch für zeitgenössische Fragestellungen anschlussfähig“.

Die Aufsätze selbst legen die thematische Vielfalt von Mills politischem Denken offen. In einer ersten Gruppe von Beiträgen unter dem Titel „Freiheit und Glück“ erörtert Dirk Lüddecke das Spannungsverhältnis von Individuum und moderner Gesellschaft in Mills Wissenschafts- und Politiktheorie. Michael Schefczyk widmet sich der Frage, ob Mill überhaupt eine in sich stimmige Vorstellung von den Aufgaben und Grenzen staatlicher Macht entwickelt habe und in welchem Verhältnis seine Theorie vom Staat zu den Prämissen der utilitaristischen Konzeption steht. Eine Lösung des „John-Stuart-Mill-Problems“ sieht er in der Rückbindung des Freiheitsbegriffes an den der Gerechtigkeit. Eine verwandte Themenstellung verfolgt Christian Schwaabe mit der Frage nach Mills „teleologischem“ Liberalismus, das heißt der von ihm entwickelten Koordination von politischer Freiheit und „gutem Leben“.

Die zweite Aufsatzgruppe „Freiheit und Verantwortung“ wird von einem Beitrag der Herausgeberin eröffnet, in dem sie Mills Konzept „komplexer negativer Freiheit“ diskutiert. Peter Niesen schildert mit Mills Argumentation „für und wider“ das Pluralwahlrecht einen zentralen Aspekt seiner Parlamentarismustheorie. Fragen „externer Herrschaft“ widmen sich Oliver Eberl (Mills Haltung zum Kolonialismus) und Michael Haus, der Mill als Theoretiker der internationalen Beziehungen vorstellt und in diesem Zusammenhang das Problem militärischer Interventionen heraushebt. Mills Anschlußfähigkeit wird in diesem Aufsatz über einen Vergleich mit der Position Michael Walzers unter Beweis gestellt.

Das Thema „Freiheit und Gleichheit“ bildet den gemeinsamen Bezugspunkt der Aufsätze von Oliver Hidalgo über die Spannung zwischen beiden bei Mill und Tocqueville. Einen in der Mill-Literatur unverständlicherweise immer wieder mit leicht spöttischem Unterton traktierten Spezialaspekt der Millschen Theorie – seine „Grille“ – greift Ringo Narewski auf. Mills Ausführungen zur Emanzipationsproblematik erweisen sich für ihn bei näherer Betrachtung als höchst komplexe Analyse des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft sowie von Freiheit und Gemeinwohl. Die „Hörigkeit der Frau“ erscheint Mill als Paradigma der Unterdrückung schlechthin. Mit Mills „stagnationstheoretischen Überlegungen“ greift Karl Georg Zinn ein demgegenüber heute kaum mehr bekanntes Theorieelement auf („Wachstum um jeden Preis? Mills ‚Stationary State‘ heute und die Angst vor der vernünftigen Stagnation“). Dieser Beitrag lenkt den Blick auf Mills ökonomisches Hauptwerk, die über eintausend Seiten starken „Principles of Political Theorie with Some of Their Applications to Social Philosophy“, ein zuerst 1848 erschienenes Monumentalbuch, das bis zu seinem Todesjahr 1873 sieben Auflagen sowie eine „Volksausgabe“ mit etlichen Nachdrucken erlebte und seinerzeit zur ökonomischen Standardlektüre in Großbritannien gehörte. In scharfen Worten bringt Zinn dabei Mill gegen jenen Neokonservatismus in Stellung, „der sich unter dem Etikett eines neuen Liberalismus gefällig machte“ und während der vergangenen Jahrzehnte „mit der ausufernden Privatisierungs- und Deregulierungspolitik den Finanzhaien freie Bahn geschaffen“ habe.

Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

John Stuart Mill: Autobiographie. Übersetzt und mit einer Einleitung herausgegeben von Jean-Claude Wolf

Hamburg: Meiner-Verlag, 2011 (Philosophische Bibliothek. Band 629), XXX und 270 S., ISBN 978-3-7873-2193-3 (€ 32.90).

In der „Philosophie des Abendlandes“ („A History of Western Philosophy“, 1945) hat Bertrand Russell seinem Landsmann – und übrigens auch Patenonkel – John Stuart Mill ein desaströses Zeugnis ausgestellt. Mit seinem rohen Empirismus habe er in der Debatte um ethische Begründungskonzepte „den weitesten Sprung hinter Kant zurückgemacht“. Sein Utilitarismus gehe von dermaßen irrigen („fallacious“) Voraussetzungen aus (wie etwa derjenigen, „Lust“ – pleasure – sei das einzige, was erstrebt werde, also sei Lust das einzig Erstrebenswerte), daß „kaum zu begreifen sei, wie er selbst seine Argumente für beweiskräftig habe halten können“.

Dieses Votum steht in krassem Gegensatz zu dem Umstand, daß Mill als der bekannteste englische Denker des neunzehnten Jahrhunderts gelten kann. Kein Name wird öfter genannt, wenn es um die nachidealistische Phase der angelsächsischen Philosophie geht. Mill repräsentiert in Person den britischen Liberalismus des Industriezeitalters. 1806 im Londoner Stadtbezirk Pentonville als ältester Sohn des Philosophen James Mill geboren, wächst er in einer streng rationalistischen Atmosphäre auf. Er zeigt alle Züge eines intellektuellen Wunderkindes. So beherrscht er neben den klassischen Sprachen schon in jungen Jahren auch Französisch und Deutsch fließend; bereits mit sieben Jahren (sic) will er erstmals platonische Dialoge gelesen haben. Natürlich begeistert er sich als Jugendlicher für die Ideale der Revolution von 1789 und – angeregt durch die Aktivitäten des Vaters, eines radikalliberalen Reformpolitikers – entwickelt er seit frühester Zeit politische Programme.

Die „Autobiographie“ schildert eine extraordinäre Kindheit und Jugend. Sie gibt aber auch Einblick in den tiefen Fall, den Mill aufgrund einer depressiven Erkrankung bald danach hinnehmen und verarbeiten mußte. Überhaupt handelt es sich bei diesem Text um ein wirklich beeindruckendes Dokument, das innerhalb der englischen Memoirenliteratur einen besonderen Rang hat. Mill stand seit 1826 für drei Jahrzehnte in Diensten der kolonialen East India Company. Danach (1865 bis 1868) war er sogar eine Amtsperiode lang Mitglied des Parlaments für die liberalen Whigs, bis man ihn (so Mill) „hinauswarf“ – faktisch wurde er nicht erneut nominiert, weil er sich weigerte, seinen Wahlkampf selbst zu bezahlen. Seine bekanntesten philosophischen Texte sind die Schriften „On Liberty“, „Utilitarianism“, „Three Essays on Religion“ und „The Subjection of Women“. Nach dem Mandatsverlust und inzwischen verwitwet, zog Mill sich nach Avignon zurück. Hier galt seine Aufmerksamkeit dann vor allem dem Lebensrückblick, der 1873, posthum, erschien.

Heute besteht die Gefahr, daß Mill bei der Suche nach geistigen Ahnherren und Legitimationsgestalten wegen des pauschalen Rekurses auf das „Nützlichkeitsprinzip“ zu rasch für einen ökonomistischen Liberalismus in Anspruch genommen wird. Das aber wäre ganz unzutreffend. Gerade für eine genauere Kenntnis des von ihm vertretenen Modelles liberaler Politik ist die „Autobiographie“ durchaus von Be-

lang. Was ihm vielmehr einen Ehrenplatz in der Geschichte des liberalen Denkens sichert, ist seine Überzeugung, daß die freie Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit die unverzichtbare Voraussetzung aller Kultur bildet. Mill war jedoch auch klug genug, die politische Notwendigkeit einer sozialen Mindestsicherung zu erkennen, und diesen Punkt sollte man nicht ausblenden

In theoriegeschichtlicher Hinsicht kommt ihm größere Bedeutung zu für die Staatslehre, den modernen Diskurs zum Freiheitsbegriff und zur Persönlichkeits- sowie zur Gesellschaftstheorie (so hat er für das politische Mitwirkungsrecht aller Bürger – einschließlich der Frauen – plädiert). Konzept und Geschichte des sogenannten „Utilitarismus“ sind unlösbar mit seinem Namen verknüpft.

Insofern ist es sehr erfreulich, wenn der Meiner-Verlag nun, nach den wichtigsten philosophischen Texten, auch die Autobiographie herausgebracht hat. Der Band veranschaulicht den lebensgeschichtlichen und mentalen Hintergrund, dem die nach wie vor einflußreichen philosophischen Schriften Mills entstammten. Natürlich lassen sich diese Texte nicht mehr ohne Bezug auf ihren historischen Kontext lesen. Um so bemerkenswerter ist, daß Mill sich mit seiner „Autobiographie“ gleichsam selbst historisiert hat. Es ist dies eine Übung, die man sich im Grunde von jedem Philosophen wünscht. Denn der anmaßende Gestus des irgendwie aus der Zeit gefallenen Denkers, nur dem uneigennütigen Streben nach Wahrheit oder der Reinigung von Sprachgebrauch und Denkmodalitäten verpflichtet, untergräbt ja doch immer wieder den Anspruch an Zutrauen und Einverständnis, den als elementare hermeneutische Vorbedingung jedes philosophische Werk an den Leser stellen darf.

Mill gibt sich hier als Person zu erkennen, nicht frei von melancholischen Zügen und souverän genug, auch von seinen unerfüllten Hoffnungen und persönlichen Verlusten zu berichten. Es berührt einen, wenn er die überharte Erziehung durch den Vater schildert. Interessant sind seine Plädoyers gegen die Unterdrückung der Frau und für einen Liberalismus mit sozialem Gewissen. Man erlebt die Wandlung eines jugendlichen Wahrheits- und Gerechtigkeitsfanatikers in eine tolerante Persönlichkeit, in einen weltoffenen Mann, der die Teilwahrheiten der antiken, christlichen und romantischen Traditionen anerkennen konnte und auch subjektiv schätzte. Voller Leben ist Mills Selbstporträt als Politiker, und großes Gewicht haben die Erläuterungen zu seiner Schrift „Über die Freiheit“.

Der Band entspricht in jeder Hinsicht (auch ausstattungsmäßig) dem hohen Standard der Philosophischen Bibliothek, der besten philosophischen Textsammlung hierzulande. Die Übersetzung stammt von Jean-Claude Wolf, der als Professor für Ethik und politische Philosophie an der Universität Fribourg (Schweiz) lehrt. Von ihm stammt auch die ausführliche Einleitung, in der er auf jahrelange Forschungen zu Geschichte und Theorie der philosophischen Nützlichkeitskonzepte zurückgreifen kann. Eine seiner neueren Publikationen – „Egoismus und Moral“ (2007) – zielt denn auch genau auf das Thema, zu dem Mills Stimme zu hören, nach wie vor unbedingt empfehlenswert ist.

Berlin

Matthias Wolfes